

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne  
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Pettizelle 40 Pfg.

Nummer 31.

Berlin, den 2. August 1908.

9. Jahrgang.

## Kollegen, arbeitet eifrig am Ausbau und der Stärkung des Verbandes!

### Inhaltsverzeichnis.

**Klassenkampf und Tarifvertrag.** — „Ein gefälschter  
Vertrag.“ — Deutschlands Zusperrungen. — Wunsch: Im  
Kampfe um das Koalitionsrecht. Ausländische Arbeiter im Tief-  
gewerbe. Ich möchte wohl, aber ich mag nicht. Ein Zbyll.  
Sozialdemokratie und Tarifverträge. — Wirtschaftliche Be-  
wegung. — Der sozialen Frage neues Gesicht. — Verbands-  
nachrichten: Celle. Düsseldorf. Hamburg. Köln. Münster i. W.  
Nürnberg. Wetter a. d. R. Wiesbaden. Remscheid. — Aus-  
sere christlichen Verbänden. — Aus Arbeitgeberverbänden.  
— Volkswirtschaftliches und Soziales. — Soziale Wahlen.  
— Von den Arbeitsstellen. — Briefkasten. — Bekannt-  
machung des Verbandsvorstandes. — Bekanntmachungen.  
— Sterbetafel. — Anzeigen.

### Klassenkampf und Tarifvertrag.

Schon der Wortlaut deutet an, daß es sich hierbei  
um Gegenstände handelt, Kampf und Vertrag — wer schlicht  
empfindet, der wird einsehen, daß der eine den  
anderen aufhebt. Es ist einfach unsinnig, daß irgendwo  
gleichzeitig ein Zustand des Kampfes und ein solcher  
vertraglicher Verständigung herrsche. Wer können nicht  
gleichzeitig Kampf und Vertrag, sich ablösen, und zwar so,  
daß einmal Krieg und dann wieder eine Zeitlang Frieden  
herrscht? Kampf und Vertrag ist so bisher auch unsere  
sozialgewerbliche Entwicklung fast durchweg gewesen. Auf-  
hebenden Streiks und Zusperrungen folgten vertragliche  
Einzelnvereinbarungen und diese wurden früher oder später  
wieder die Deute des alten Unfriedens, um dann nach  
neuen heißen Zusammenstößen wieder von den abgehenden  
Parteien in Kraft gesetzt zu werden. Demnach gibt also  
die soziale Wirklichkeit jenen recht, welche Klassenkampf  
und Tarifpolitik für durchaus vereinbar halten? Wir  
meinen nein; vielmehr sehen wir in jenem trostlosen  
Schwanken zwischen sozialer Verfeindung und friedlicher  
Annäherung innerhalb der einzelnen Gewerbe nur ein  
trauriges Zeichen prinzipieller Unklarheit und praktischer  
Unfähigkeit. Um dies zu erkennen, wollen wir uns ver-  
gegenwärtigen, was der Klassenkampf und was der Tarif-  
vertrag wesentlich ist.

Unter Klassenkampf verstehen wir den revolutionären,  
d. h. nach Möglichkeit gewalttätigen Kampf einer ganzen  
Klasse gegen eine andere resp. die ganze Gesellschaft. Ge-  
walttätig, revolutionär heißt ein Vordringen ohne Rück-  
sichtnahme auf die bisherige Entwicklung und die Rechts-  
ansprüche der Gegenpartei, ein Umstürzen, im Gegen-  
satz zum Umbilden, das mit gegebenen Entwicklungsge-  
setzen eines langsamem Werdegangs rechnet und unter Erhaltung  
des Bestehenden sowie möglicher Wahrung fremder  
Rechte reformierend eingreift. Unter Kampf verstehen  
wir ein Vordringen mit der Absicht, den Gegner zu über-  
winden und niederzuwerfen, zu vernichten, nicht ein hefti-  
ges Zusammenstoßen, das nur die Absicht hat, zu einem  
beiderseitig befriedigenden Vergleich zu führen. Unter dem  
Kampf einer Klasse endlich verstehen wir ein derartiges  
Vorgehen einer beruflich ungliederten in keiner Weise  
spezialisiert organisierten Masse gegen eine ebenfalls un-  
spezialisierte Klasse, in der nichts Einheitliches bekämpft  
wird, als eben der Umstand, daß alle einzelnen Ange-  
hörige einer solchen Klasse sind. Klasse ist im Grunde ge-  
nommen, wenigstens heutzutage, ein sehr undefinierbarer  
Begriff geworden! Außer in den Köpfen einiger nicht allzu  
moderner Sozialtheoretiker und in den blöden Höfen unau-  
geklärter Massen existiert er kaum, und jedenfalls ent-  
spricht ihm kein Gebilde der Wirklichkeit. Wohl haben  
wir Stände, die wiederum in Berufe und Branchen ge-  
gliedert sind, sie haben als Standesganges gewisse gemein-  
same Interessen, wie z. B. der Arbeiterstand unstreitig eine  
Reihe von Forderungen erhebt, welche jeder Beruf des-  
selben und jede Spezialbranche gleich eifrig zu den ihrigen  
machen kann. Auf der anderen Seite aber führt auch  
jeder Beruf wieder eine selbständige Sonderexistenz inner-  
halb des Standes, erhebt besondere Wünsche und hat  
spezielle Reformansprüche, die er zu erfüllen sucht. Dem  
einzelnen Stande gegenüber steht auch keine ununter-  
scheidene Klasse, sondern eine Anzahl sozialer Gruppen,  
die je nach der Situation und dem Einzelfall bald als  
Gegner, bald als Indifferente, bald als Hilfsgruppen auf-  
treten können. Während also der Klassenkampf das Vor-  
handensein einer einzigen Klasse von Proletariats mit  
ganz übereinstimmenden Forderungen und einer einzigen  
feindlichen bürgerlichen Masse mit dem einheitlichen Inter-  
esse der Arbeiterbekämpfung voraussetzt, kennt die soziale  
Realität diese Größen nicht. Mit ungelassenen Größten  
wollen wir als Praktiker aber nicht rechnen. Dies tut  
auch die Gewerkschaftsbewegung längst nicht mehr, nicht

einmal die sozialistische. Den doktrinären Klassenkampf  
des einen Proletariats gegen die eine reaktionäre Masse  
hat sie der politischen Partei überlassen und sie hat recht  
damit, denn wenn es einen Klassenkampf geben kann, so  
kann dieser nur die Aktion politischer Parteien sein,  
die Angehörige aller Berufe nur unter dem einen Ge-  
sichtspunkt einer sog. Klassenzusammengehörigkeit sammelt  
und mit ganz allgemeinen und umfassenden Zielen, wie  
z. B. die Umgestaltung der ganzen menschlichen Gesell-  
schaft, auf alle diejenigen losläßt, die diese Ziele nicht  
anstreben. Was Gewerkschaften heute unter Klassen-  
kampf verstehen, soll zwar, so wünschen wenigstens viele  
Sozialisten, auch dem endlichen Ziele der Gesellschaftsum-  
bildung näher bringen, es soll aber immerhin nur ein  
revolutionäres Vordringen eines Standes resp. besonders  
organisierter und getrennt arbeitender Berufe sein, von  
denen jeder für sich einen Teil der bürgerlichen Klasse,  
nämlich seine speziellen Arbeitgeber bekämpft. Statt  
Klassen- sollte man deshalb wenigstens Standeskampf  
sagen, dann herrschte doch Klarheit und wir hätten uns  
nur noch darüber mit den andersdenkenden Kollegen zu  
verständigen, ob und inwieweit überhaupt Kampf, d. h.  
gewalttätiges, revolutionäres Vernichtungsringen notwendig  
und angebracht sei.

Der Tarifvertrag darf ja nicht aufgefaßt werden wie  
ein gelegentlicher Waffenstillstand, währenddessen sich  
beide Parteien neue Kriegswaffen bereiten können.  
Diese Anschauung liegt vielen soz. Gewerkschaften nahe  
und sie beweist, wie wenig sie das Tarifwesen erfasst haben.  
Gewiß; auch solche Waffenstillstände wären möglich und  
sie könnten auch die Gestalt eines Vertrags annehmen,  
wie wir dies im Völkerrecht haben, wo der Waffenstill-  
stand der Nationen auch als Vertrag gilt. Ein solcher  
Vertrag dürfte aber dann lediglich den Inhalt haben,  
daß man sich gegenseitig eine vereinbarte Zeit hindurch  
nicht angreifen werde; keineswegs aber Bestimmungen über  
Einzelheiten, um die gekämpft wurde. Streiks und Zusperrungen  
könnte man also derart wohl ausschließen und  
kein Vernünftiger würde darin ein Friedensbündnis  
sehen, sondern eben nur einen Waffenstillstandsvertrag.  
Wenn andere Lohnbedingungen und andere Punkte des  
Arbeitsverhältnisses in einem Vertrag geregelt werden,  
so enthält er eben tatsächlich bereits die Friedensbedin-  
gungen, die Vereinbarung. Wo wird z. B. bei einem poli-  
tischen Kampf im Waffenstillstandsvertrag über die Zutei-  
lung einer Provinz oder Kolonie zu dieser oder jener der  
kämpfenden Nationen bestimmt? Dies kann erst der Friede-  
nsvertrag tun. Wir müssen also daran festhalten, daß  
die Tarifabmachungen Friedensverträge sind. Nun ist  
allerdings damit noch nicht gesagt, wie lange der Friede  
dauern wird. Nationen können ja auch alle Jahrzehnte  
Krieg führen, Friedensvereinbarungen treffen und sich  
dann wieder aufs neue um dieselben oder andere Gegen-  
stände mit Waffengewalt bekämpfen. Unsere Revolutio-  
näre in der Gewerkschaftsbewegung klammern sich daher  
auch immer daran an, daß die Vereinbarungen doch nur  
von vorübergehender Dauer seien, man könne sie ruhig  
fördern, da sie ja doch nicht das Unheil und die Schande  
des dauernden Friedens über die Gewerbe bringen würden  
und so der Klassenkampf durch sie höchstens vorüber-  
gehend unterbrochen würde, um vielleicht später um so  
heftiger auszubrechen. Wer so spricht, dem kann natürlich  
am positiven Inhalt des Vertrags, an den Verbesserun-  
gen, die er bringt, nicht viel gelegen sein, er sehnt sich  
ja nach der Zeit, wo sie wieder über den Haufen ge-  
worfen oder doch mindestens in Frage gestellt werden.  
Lebensaber, und darauf kommt es bei der Präzisierung  
der Gegensätze an — will er keine systematisch-organische  
Gewerbereform, d. h. er will nicht, daß eine Verbesserung  
sich im Beruf festwurde und ganz naturnotwendig aus  
ihm eine neue erwachse, bis das soziale Unkraut von ge-  
sunden aufstrebenden Pflanzlingen der Sozialreform über-  
wuchert ist. Er will die keine sozialen Fortschritte, welche  
in den einzelnen Tarifverträgen stecken, möglichst oft und  
kerb dem Sturm des Kampfes aussetzen und den sozialen  
Boden dauernd aufwühlen durch revolutionäre Vernichtung-  
ung. Ihm ist eben das jeweils Erreichte geringfügig,  
weil er doch im Grunde genommen alles oder nichts  
anstrebt und den revolutionären Kampf dem Siege der  
Sozialreform vorzieht. Solche Leute sollten sich nicht  
Anhänger des Tarifvertrags nennen; denn der Tarifver-  
trag ist und bleibt eine Verständigung der Parteien, bei  
der sie sich beide so wohl fühlen wollen, daß sie zu  
künftigen Vereinbarungen schreiben werden. Es liegt im  
Wesen des Tarifvertrags, daß er das erste Glied einer an-  
einander geschlossenen Kette von Verträgen ähnlicher Art  
ist. Sein Inhalt erweitert und vervollständigt sich fast  
automatisch, d. h. vorausgesetzt, daß die Parteien ihn  
wichtigen und ihren eigenen Vorteil wahrnehmen. Wer  
mit Bewußtsein und Verständnis einen solchen Vertrag  
eingeht, der hat sich damit wenigstens im Prinzip zu  
einer sozialen Ausgleichungs- und Reformpolitik bekannt

und mit dem revolutionären Kampf gebrochen. Die Tat-  
sache, daß oft, nachdem schon lange Tarifvereinbarungen  
bestehen, die Kontrahenten der Verträge in hartnäckige  
Kämpfe geraten, widerlegt nicht, daß mit dem Vertrag  
der Friede und die ruhige fortschrittliche Entwicklung der  
sozialen Zustände gewollt wurde. Diese Zusammenstöße  
mögen auf Mißverständnisse oder Mißverhältnisse in der  
beiderseitigen Organisationsmacht zurückzuführen sein, es  
sind nicht die um des Kampfes willen; sondern ge-  
legentliche Konflikte, die trotz der vertraglichen Absichten  
unvermeidlich werden können. Man streitet sich nicht  
darum, ob man einen Vertrag und damit eine geregelte  
Sozialreform im Gewerbe wolle; wohl aber darum, wie im  
einzelnen der Inhalt der Abmachung aussehen solle. Nie-  
mals werden uns derartige Konflikte ganz erspart bleiben,  
nie werden Streiks als letztes Hilfsmittel überflüssig  
und Aussparungen ungebrauchlich werden, nie werden die  
Organisationen immer nur mit den feinsten Mitteln der  
friedlich-schiedlichen Aussprache und Verständigung vor  
einem Einigungsamt allein auskommen; denn Menschen  
bleiben Menschen auch im sozialen Leben und zwar Men-  
schen mit Eigensinn, Hartnäckigkeit, Ungerechtigkeit, Eigen-  
nutz und, was schlimmer ist als all das, Menschen mit  
törichter Kurzsichtigkeit.

Wenn somit der Tarifvertrag den Willen zur dauern-  
den und fortlaufend besseren Verständigung der Parteien  
in sich birgt, so muß er naturnotwendig den Standeskampf,  
d. h. den gegenseitigen Vernichtungskampf  
ausschließen. Er muß es aus prinzipiellen,  
moralischen und praktischen Gründen. Aus  
prinzipiellen, da man sich nicht gleich-  
zeitig dauernd verständigen und ver-  
nichten wollen kann, beides sind näm-  
lich Gegensätze, das eine erkennt die  
Existenzberechtigung des andern an und  
rechnet mit ihr, das andere leugnet sie und  
will die unberechtigte Existenz zerstören. Mo-  
ralisch, da es durchaus unsittlich ist, mit je-  
mandem, dem man nach dem sozialen Leben  
trachtet, Bündnisse des Friedens abzuschlie-  
ßen und ihn so einzulassen, um von seinem  
Vertrauen Vorteil zu ziehen. Der Vertrag setzt  
Treue und Glauben, Achtung und Gerechtigkeit auf beiden  
Seiten beim Gegenpartner voraus; der Vernichtungskampf  
bricht mit all diesen ethischen Vorstellungen und läßt nur  
den Haß und die List walten. Praktisch, weil es kindliche  
Spielerei ist, mit Arbeitgebern, an deren Ruin man tätig  
ist, Verträge einzugehen und in Gewerben, die man revo-  
lutionär unterwühlen will, Reformen durchzuführen. Bei-  
des wird weder gelingen, noch ist es denkbar. Weder sind  
die Unternehmer so dumm, dazu die Hand zu bieten, noch  
die Gewerbe so ergebnislos, daß man sie gleichzeitig durch  
Reformen ausbeuten und durch Revolutionskämpfe wirt-  
schaftlich schädigen kann. Es ist mit den Tarifverträgen  
bald zu Ende, wenn sie nicht dem Arbeitgeber Nutzen  
und dem Gewerbe Gedeihen garantieren. Ohne gut-  
situierte Unternehmer und blühende Gewerbe keine Tarif-  
erfolge. Der revolutionäre Vernichtungskampf würde  
daher den Tarifverträgen schnell die Existenzmöglichkeit  
abschneiden.

Warum also nun das eigensinnige Betonen des Klas-  
senkampfstandpunktes in der Tarifbewegung? Sehen nicht  
reifere Gewerkschaftler sozialistischer Richtung selber ein,  
wie unlogisch und unpraktisch, ja wie unerhlich es ist?  
Wäre nicht die Prinzipienklarheit mehr wert, als die  
gleichende Phrase der Revolutionsidee? Tatsächlich wirken  
doch auch so viele soz. Gewerkschaftler mit am Tarifwerk.  
Sie haben die Bestimmungen geschaffen, welche beiden  
Parteien gleich zuträglich sind. Sie haben ja dazu ge-  
sagt, wenn auf den speziellen Wunsch der Arbeitgeber  
Punkte in den Vertrag kamen, von denen sich die Prinzip-  
palität für ihr Geschäft und das ganze Gewerbe etwas  
versprach. Von all den Tarifverträgen, die wir besitzen,  
haben viele Vorschriften, welche direkt dem Arbeitgeber  
Vorteil bringen, und noch mehr solche Bestimmungen, von  
denen beide Kontrahenten gleich viel profitieren. In aller-  
erster Linie dient z. B. dem Arbeitgeber wohl die tarifver-  
tragliche Aufrechterhaltung einer Preiskonvention, das  
Verbot der Gesellenarbeit auf eigene Rechnung, die Lei-  
stungsklausel im Baugewerbe usw. Weiden in gleichem  
Maße kommen Lehrlingskaten, paritätische Arbeitsnach-  
weise und überhaupt alle Vorschriften zugute, die da,  
wo bisher Willkür und Ungleichheit herrschten, Ordnung  
und Einheit bringen. Von all diesen Tarifabmachungen  
sind nun aber die weitaus meisten durch soz. Arbeiter ab-  
geschlossen worden. Deshalb bekennen sich diese nicht stolz  
geschlossenen werden. Deshalb bekennen sich diese nicht stolz  
und offen zu ihren Werken, d. h. warum erkennen sie  
nicht deren ganze Bedeutung? Sollen müssen wir den soz.  
Gewerkschaftlern ein Manko an Selbstbewußtsein vorwer-  
fen; in diesem Zusammenhang sind wir aber verjuch, es  
zu tun. Es kommt uns jedoch wirklich nicht auf billige



Fronte an, sondern wir glauben, daß unsere ganze Tarifbewegung und Sozialreform durch mehr Konsequenz auf Seite wesentlich gefördert würde.

„Ein gefälschter Bericht.“

Daß unser Artikel über den Verband „Sitz Berlin“ und seine Sachabteilungen im Jahre 1907 kein Verständnis in Berlin finden würde, so schreibt die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ in ihrer letzten Nummer, wer wundert sich darüber? „Der Arbeiter“ („Sitz Berlin“) schlägt denn auch in seiner letzten Nummer los. Natürlicher muß unser Bericht (wir brachten denselben ebenfalls) „gefälscht“ sein. Ueber die Art, wie der „Arbeiter“ diesen Vorwurf begründet, dazu nimmt der Gewährsmann der „Westdeutschen“ nunmehr das Wort.

„Da haben wir etwas Schönes angerichtet,“ so schreibt er, „daß ich es wage, in die Geheimnisse von „Sitz Berlin“ hineinzuleuchten! Nun, wo es nichts mehr zu verheimlichen gibt, drehen die Berliner Herren mit gemachter Entrüstung den Spieß um und behaupten, in ihrem Verbande ginge alles in „weitereffentlicher“ vor sich. Wie stolz das klingt! Und doch konstatiere ich: Wenn von angeblich über 100 000 Mitgliedern nur 206 Delegierte den Geschäfts- und Spezialkassenbericht erhalten, und beide noch in sehr mangelhafter Form, wo kann man da von „weitererffentlicher“ reden? Die stenographischen Protokolle geben die wünschenswerte Klarheit nicht, ob sie an Nichtmitglieder abgegeben werden, wissen wir nicht. Jedenfalls ist es eine ständige Klage, daß kein Material über den Verband „Sitz Berlin“ mit seinen Sachabteilungen außer den beliebigen mitgeteilten Zahlen zu erhalten ist. Ich konstatiere ferner, daß der „Arbeiter“ seinen Spezialkassenbericht veröffentlicht hat; seine diesbezügliche Behauptung ist somit unwahr. Ferner: Der alljährliche Delegiertentag ist eine geschlossene Veranstaltung. Wer zu demselben Zutritt hat, darüber lasse ich am besten das diesjährige stenographische Protokoll reden, nach dem Herr Viz. Journelle ausführte:

„Ich bitte die anwesenden Gäste, die von mir zugelassen sind, am ersten Quersitz Platz zu nehmen; die übrigen Verbandsmitglieder, auch die Mitglieder des Verbandes der erwerbstätigen Frauen und Mädchen, die mit ihrem Verbandsbuch versehen sind, mögen auf den Seitensitzen Platz nehmen. (Hierauf folgt die Wahl dreier Legitimierten in Empfang zu nehmen und nachzuprüfen; ob die Delegierten richtig legitimiert sind.)

Es ist ferner notwendig, daß wir auch zwei Schriftführer für unsere Verhandlungen bestimmen. Wir haben allerdings einen stenographischen Berichterstatter und zugleich Presseberichterstatter, aber es ist notwendig, daß auch der Delegiertentag zwei Mitglieder bestimme, die besonders die Beschlässe im Wortlaut anzunehmen haben.“

Vor Eintritt in die Tagesordnung forderte er nochmals auf: „Sie wir aber weitergehen, bitte ich auch noch die Herren am Eingang dafür zu sorgen, daß ein Berliner Delegierter die Mitgliedsbücher der anwesenden Verbandsmitglieder auf den Tribünen nachprüfe.“

Die „weitererffentlicher“, was? Ich erinnere alsdann den „Arbeiter“ daran, daß auf dem Delegiertentag nicht einmal die sonst im Germaniaaal tätigen Kellner bedienen durften, sondern eigens bestellte Mitglieder des dem Verband „Sitz Berlin“ angehörenden katholischen Kellnerbundes. Vielleicht erinnert er sich auch der Mahnung an die Delegierten, nichts liegen zu lassen, es könnte sonst leicht etwas verschwinden. So sieht die „weitererffentlicher“ der „Berliner“ aus.

Auf meine Bemerkung, daß selbst die eigenen Mitglieder einen Geschäftsbericht, der über die Fragen der inneren Verwaltung, Kassenverhältnisse und der übrigen Tätigkeit in Details Aufschluß gibt, nicht erhalten, entfährt sich der „Arbeiter“:

„Das mag man zu schreien in einem Artikel, in dem gleich in der folgenden Zeile darüber zu lesen ist: Der Geschäftsbericht pro 1907 umfaßt 2 1/2 Bogen, Seite in Maschinenschrift, und der Kassenbericht 1/2 Bogen, beidseitig bedruckt.“

Der „Arbeiter“ verurteilt sich selbst und weiß nicht wie Was sind 2 1/2 bzw. 1/2 Seite Geschäfts- und Kassenbericht für einen zentralisierten Verband von angeblich weit über 100 000 Mitgliedern? Ja, die Mitgliederzahl! Da ist mir wirklich das „Malheur“ passiert, daß ich in dem „Geschäftsbericht“ über sah, daß es bezüglich der Mitgliederzahl heißt, „seit dem letzten Pfingsten“. Daraus ist zu entnehmen, daß der Berichterstatter bezüglich der Mitgliederzahl von Pfingsten zu Pfingsten rechnet, mit den Beiträgen jedoch von Januar zu Januar. Das ist in anderen Organisationen nicht üblich, dort rechnet man mit allem von Jahr zu Jahr. Wenn es auf Klarheit ankommt, der tut das W, als selbstverständlich. Nun frage ich aber die „Berliner“ Verbandsleitung, woher will sie die genaue Mitgliederzahl zu Pfingsten d. J. haben? Es hatten bis zu diesem Tage von den 918 Verbandsvereinen nur 523 vom ersten Quartal abgerechnet, mithin 375 nicht. Wie kann da die Verbandsleitung eine sichere Mitgliederzahl angeben? — Man habe ich auch einen bestimmten Passus im „Geschäftsbericht“ „übersehen“. Ich hatte die Nr. 132 der „Germania“ vor mir liegen, und da heißt es in dem Bericht von dem offiziellen Presseberichterstatter:

„Dem Geschäftsbericht über das Jahr 1907 ist zu entnehmen: Der Verband hat sich auch in diesem Jahre sehr günstig entwickelt. Die Zahl der Vereine ist von 825 auf 988 gestiegen, d. h. um 163. Die Zahl der Vereinsmitglieder ist von 110 000 auf 123 000 gestiegen.“

Das ist das, was ich gesagt habe; dagegen hat „Sitz Berlin“ die Dementierprobe nicht losgelassen. Warum nicht? Aber ist „Sitz Berlin“ bei meiner Berechnung der Mitgliederzahlen etwa schlecht angekommen? Beliebe nicht! 10 bis 70 Pf. Wochenbeitrag erhebt der Verband. Unzweifelhaft steht aber der Durchschnittsbeitrag höher wie der von mir angenommene Satz mit 10 Pf. bei 48 Wochenbeiträgen im Jahr. Ja, Herr Viz. Journelle nimmt sogar 40 Pf. wöchentlich oder 20,80 M im Jahr an (Protokoll 1908, Seite 78). Ich halte die Summe für zu hoch. Aber selbst wenn ich nur 15 Pf. Durchschnittsbeitrag bei 48 Wochenbeiträgen annehme, dann behält der Verband katholischer Arbeitervereine („Sitz Berlin“) nur 74 320 Mitglieder. Und mehr wird er auch nicht haben. Wie „Sitz Berlin“ mit den Mitgliederzahlen jongliert, das illustriere uns eine kleine Zusammenstellung. Es werden an Mitgliederzahlen angegeben:

Table with 4 columns: Im Protokoll des Delegiertentages von 1907, Im Begründungsartikel der Germania Nr. 131 vom 7. Juni (offiziell), Geschäftsbericht 1908, Im Protokoll des Delegiertentages von 1908. Rows show data for years 1900 to 1907.

Na, und — — ?

Ein besonderes Stüchchen leistet sich der „Arbeiter“ hinsichtlich meiner Angaben über den Kassenbericht. „Sehen wir uns die für die Öffentlichkeit bestimmten Berichte, Geschäfts- und Kassenbericht, etwas näher an,“ so schrieb ich, nachdem ich die entsprechende Angabe gemacht hatte. Nachdem ich alsdann durch eine Bekanntmachung der tatsächlichen Einnahmen eine Irreführung der Öffentlichkeit

aufgedeckt habe, entkräftet sich der „Arbeiter“ heuer darüber, daß ich den im Spezialkassenbericht gehaltenen Vermögensbestand gestrichen hätte. Aber wird doch jeder als selbstverständlich annehmen, da einem Spezialkassenbericht auch der Vermögensbestand halten sein wird. Ich habe den ja auch selbst geteilt. Aber um den Spezialkassenbericht, den nur paar Delegierten erhielten, handelt es sich ja nicht, denn um den der Öffentlichkeit übermittelten, und lautet:

Die Gesamteinnahmen betragen 1 068 560,68 M (603 574,37 M), die Ausgaben 745 134,60 M (445 176,29 M).

Dadurch wurde die Öffentlichkeit irregeführt, mußte festgestellt werden. Der „Arbeiter“ fällt schließlich, um eine angebliche „Fälschung“ konstatieren können.

Wenn ich in der „Westdeutschen“ bei den Einnahmen der Verbandskasse den Posten „dazu Bestand von“ stehen ließ, so war das etwas Boshaftigkeit von mir. Ich wollte den „guten“ Stand der Verbandskasse kennzeichnen. Wo bleiben aber nun im „Arbeiter“ Angaben über die Differenz von 15 069,82 M, die zwischen angegebenem und wirklichen Einnahme besteht? „Berliner Rechenschaftsleiter“ haben den Posten 19 der Ausgaben (siehe „Westdeutsche“ Nr. 28) den Einnahmen einmal zugezählt. Haben sie das noch nicht gefunden oder haben sie nicht den Mut zur Berichtigung? Bei „süßten groben Fälschung“ unterschlägt der „Arbeiter“ daß ich bei Erwähnung der Verwaltungskosten sagte „der Ausgaben für das Verbandsorgan um“. Werru will ich dem „Arbeiter“, daß er die Summe von 307 681 Mark durch Zusammenzählen der Posten von 2 bis 19 Ausnahme von 17 der Ausgaben, sowie die tatsächlichen Ausgaben der Sachabteilungen erhält. Auch daß ich Kosten der Arbeitersekretariate mit zu den Verwaltungskosten rechne.

Ich führte an, daß in der Spezialabrechnung Angaben über die Verwaltungskosten der Männer- und Frauenverbände gemacht seien, dagegen scheine mir Posten „Gehälter“ als zu niedrig. Darauf geht der „Arbeiter“ merkwürdigerweise nicht ein, macht auch keine Angaben über die übrigen Unterstützungseinrichtungen. Jahre 1904 z. B. wurden 6918,50 M für die Männer, 3095,17 M für die Frauenverbände an Verwaltungskosten abgegeben. Nun habe ich mich der Mühe unterzogen u habe die wöchentlich gezahlte Sterbeunterstützung, die „Arbeiter“ regelmäßig bekanntgegeben wird, zusammengezogen, und ergibt das die Summe von 88 700 M. der Spezialabrechnung dagegen sind 114 826,54 M angeführt, also ein Mehr von 26 126,54 M. Wofür diese Summe verwendet worden? Bitte! Es heißt in der Abrechnung „Sterbeunterstützung“ und „Mitzahlungen“. Der letztere Posten kann aber kaum ein Gewicht fallen. Wir fragen noch einmal: Wo wände die Tausende hin, die als gezahlte Sterbeunterstützung bucht werden? Besteht vielleicht ein Zusammenhang zwischen dem niedrigen Gehälterkonto und der angezeigten Differenz? „Sitz Berlin“, keine Mitglieder haben Recht, Klarheit hierüber zu verlangen!

Womit sucht der „Arbeiter“ meine Angaben über das Pflanzchen „Nährmichnichtan“ der Sachabteilungen abzutun? Ich habe nach der Jahreseinnahme die Mitgliederzahl berechnet und allein schon damit zweifellos dargetan, daß es mit den 19 000 Mitgliedern, die a 45 Tarifbeiträgen beteiligt sein sollen, offenkundig Schwundel ist. Ich hätte vollkommen recht, wenn ich an nahm, daß „Sitz Berlin“ sämtliche „Arbeiter“ Vereinsmitglieder, somit Bauern, Lehrer, kleine Unternehmer und andere Beamte an einem von einer Sachabteilung, die vielleicht 10-20 Mitglieder zählt, abgeschlossenen Tarif mitpartizipieren läßt, denn die Sachabteilungen werden

Deutschlands Talsperren.

Von Dr. R. Hennig.

Nachdruck verboten.

Der Talsperrenbau in Deutschland blüht gegenwärtig auf eine noch nicht 19jährige Geschichte zurück, und dennoch ist man bereits jetzt wohl berechtigt zu sagen, daß er im Wirtschaftsleben des deutschen Volkes ein ganz ungewöhnlich bedeutender Faktor ist oder noch zu werden vermag. Zweifellos steht die Entwicklung der deutschen Talsperren zurzeit noch in den Anfängen, aber dennoch hat sich dieser Zweig der Technik schon jetzt von großem Segen für viele Gebiete unseres Vaterlandes erwiesen und man darf hoffen, daß wir bei systematischem Fortschreiten auf dem einmal betretenen Wege nicht nur in Bezug auf Wasser- und Eisversorgung, Gewinnung von billiger elektrischer Kraft und Beleuchtung, Schifffahrt, Fischerei usw. ökonomische Werte von unschätzbbarer Bedeutung schaffen, sondern uns auch bis zu einem hohen Grade unabhängig machen werden von elementaren Naturkatastrophen, von den verderblichen Wirkungen von Dürre, Überschwemmungen, Wolkeneis usw.

Es ist in erster Linie das unvergeßliche, nicht genug zu schätzende Verdienst des großen hessischen Wasserbauingenieurs Zube, der uns am 28. Dezember 1904 leider allzu früh entzissen wurde, daß die Frage der Talsperren bei uns in Deutschland in Fluss kam und daß die ersten Anlagen, die in Deutschland geschaffen wurden, in Bezug auf Zweckmäßigkeit und technische Vollkommenheit lediglich Meisterleistungen waren. Seit dem 4. Mai 1889, dem Tage, an dem man mit dem Bau der ersten deutschen Talsperre (bei Hemsheid) begann, sind allein in Preußen (Sachsen, Westfalen, Provinz Sachsen, Schlesien, Westpreußen) bisher binnen 19 Jahren 25 Talsperren geschaffen worden, deren gesamtes Fassungsvermögen 120 Millionen Kubikmeter Wasser beträgt; 15 weitere Talsperren, deren Fassungsvermögen zusammen 400 Millionen Kubikmeter ausmacht und deren Kosten auf 50 Millionen geschätzt werden, sind gegenwärtig im Bau. Die Dimensionen der einzelnen Sperren variieren naturgemäß sehr erheblich, ebenso die Kosten der Anlagen. Unter den bisher bestehenden Talsperren ist die weitaus größte diejenige des Havel bei GutsMuth in der Elbe, die 45,3 Millionen Kub. Meter faßt, 4 Millionen Mark Kosten verursacht hat und aus der weitaus höchste Sperrmauer, von nicht weniger als 58 Meter Höhe besitzt, während die gegenwärtig im Bau befindliche bei GutsMuth nur 33 Meter Höhe hat und ebenfalls

findet. Die Urstalsperre ist zurzeit die größte Talsperre Europas; sie wird aber den Vorrang bald an eine andere abtreten müssen, an der gegenwärtig noch gebaut wird, nämlich an die Sperre von Mauer am Rober, das etwas unterhalb von Hirschberg gelegen ist. Diese Sperre wird mit 50 Millionen Kub. Fassungsvermögen alsdann die größte sein, voraussichtlich aber auch nur einige Jahre hindurch, denn schon ist eine noch um mehr als das Doppelte größere Talsperre geplant, die vom Rührstalsperrenverein im Röhnetal errichtet werden soll, etwa 10 Kilometer oberhalb der Mündung der Röhne in die Fuhr, bei den Dörfen Güntze und Brünningen. Durch diese Sperre soll vermittels einer 580 Meter langen Mauer ein Stausee von nicht weniger als 130 Millionen Kub. Inhalt geschaffen werden. Die Bedeutung dieser Zahl mag man ermeßen, wenn man hört, daß z. B. der größte Eissee, der Laacher See bei Andernach, nur 107 Millionen Kub. Wasser enthält! Eine andere sehr große Sperre, die sich freilich mit der vorgenannten nicht vergleichen kann, wird demnächst im Harz entstehen, am Dietrichberg oberhalb von Romlerhall, dort wo das Altenauer und das Schalenburger Tal ins Oertal einmünden; hier wird mit einem Kostenaufwand von 8 1/2 Millionen Mark eine Sperrmauer von 56 Meter Höhe und ein Stausee von 30 Millionen Kubikmeter geschaffen werden.

Nun weisen ja zwar die weitaus meisten Talsperren Deutschlands erheblich bescheidenere Dimensionen auf; die 10 Meter hohe und 100 Meter lange Sperre von Lenne, die besonders klein ist, bedingt z. B. einen Stausee von nur 117 Kubikmeter Inhalt und 3,2 Hektar Flächenausdehnung. Dennoch aber geht aus dem Gefagten hervor, daß bei Schaffung der Talsperren sowohl von staatlicher wie von privater Seite mit einem Riesenaufwand an Mitteln gearbeitet wird. Es ist ja nun von vornherein klar, daß die aufgewendeten Ausgaben sich offenbar gut rentieren müssen, da man mit so großem Eifer allenthalben neue Sperren schafft; aber läßt sich ein entsprechender Nutzen der Talsperren wirklich nachweisen? und worin ist er zu suchen?

Bis zu einem gewissen Grade populär geworden sind die Talsperren infolge ihrer Eigenschaft, bei großen Wolkenbrüchen im Gebirge oder bei harter Schneeschmelze die allzu reichen Zuflüsse zu den Gebirgsflüssen abzumildern und in unschätzblicher Weise abzustauen, bis sie in ruhigen Zeiten des Menschen Wille nach GutsMuthen fließen und ohne Gefahr für die Umgebung zu Tal fließen. Diese schätzbare Eigenschaft werden die Talsperren einmal in dem den Hochwässern so besonders großer

und häufig heimgekehrten schlesischen Gebirge in vollster Maße entfallen können. Die ungeheure schlesische Wolkeneisbruchkatastrophe vom 28.-30. Juli 1897 war ja auch der Hauptanlaß, daß man die Frage der Talsperren die bis dahin nur im rheinisch-westfälischen Industriebezirk angelegt worden waren, im größeren Umfange ernstlich zu erörtern begann, besonders im Hinblick auf eine energische Abwehr ähnlicher Verwüstungen in Schlesien, wie sie 1897 vorgekommen waren. Die Folge dieser Erwägungen war das schlesische Hochwasserabwehrgesetz von 1900, wodurch mit einem veranschlagten Kostenaufwand von 12 1/2 Millionen Mark vor allem eine Regulierung der gefährlichsten schlesischen Flüsse, des Rober und des Queis ins Leben gerufen wurde. 1901 begann man mit dem Bau der ersten schlesischen Talsperre, bei Marklissa am Queis, die noch ein Weilchen später war und am 5. Juli 1905 feierlich eingeweiht wurde. Bei den Hochwassern im Juli 1902 vermochte sie ihre Wirksamkeit noch nicht zu erweisen, aber bei den letzten, durch Wolkeneis herbeigeführten Überschwemmungen um Mitte Juli 1907 hat sie ihre Feuerprobe glänzend bestanden und mit ihrem beständigen Fassungsvermögen von 15 Millionen Kubikmeter Wasser die gewaltigen Regenfluten in ihrer verderblichen Wirkung mit bestem Erfolge paralytisiert. Die beiden noch im Bau begriffenen Oberstalsperren von Mauer und Buchwal konnten leider im Sommer 1907 noch nicht in Aktion treten, und das Hochwasser, insbesondere das Hirschberger Tal, hat daher auch bei diesen letzten Überschwemmungen ungleich mehr gelitten, als das bereits geschützte Queisial.

Der Schutz gegen Überschwemmungsgefahren, wie ihn die Talsperren in Schlesien und auch an der Wupper in erster Linie bieten sollen, stellt aber nie geübt, nur eine Seite ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben dar. Andere Talsperren entstehen wieder zu dem ausgesprochenen, gegenteiligen Zweck: der Umgegend in Zeiten der Dürre und des Niedrigwassers das fehlende Element in genügender Menge zuzuführen, sei es zur Erzielung eines ausreichenden hohen Wasserstandes auf schiffbaren Wasserwegen, sei es zur regelmäßigen Beschaffung von gutem Trinkwasser usw. Die Talsperren im Weserg Gebiet z. B. haben hierin ihre Hauptaufgabe zu suchen, indem sie der Weiser und dem Wesertal in trockenen Zeiten das zur Erzielung eines ausreichenden Abwehens erforderliche Wasser zuführen sollen. Der Gewinnung von gutem Trinkwasser wegen werden hingegen die teils schon gebauten teils geplanten Sperren bei Chemnitz, Mauer und Göttsa und Nordhausen in erster Linie dienen. In dieser Stelle darf erwähnt werden, daß gegenwärtig auch bereits



mit dem „123 000“ Mitglieder zählenden Verband identifiziert. Ich sagte, daß an einem Tarifvertrag nur berufsangehörige teilhaben. „Sitz Berlin“ erlaubt sich anders zu operieren. Wie tut der „Arbeiter“ meine Forderungen ab? Statt Zahlen, unwiderlegliche Zahlen zu bringen, macht er in der widerlichsten und verwerflichsten Demagogie, indem er schreibt:

„Der Verbandsvorstand, an dessen Spitze drei unter kirchlicher Autorität stehende geistliche Herren sich befinden; der Delegiertentag, dem eine große Zahl hochstehender katholischer Geistlicher aus den meisten Diözesen Deutschlands sowie ca. 300 Vereinsdelegierte, meistens die hervorragendsten Mitglieder ihrer Vereine und Bezirke, angehörten, allen vor aller Öffentlichkeit „zweifelloser Schwindel“ (1), grobe Täuschung (1), Irreführung der öffentlichen Meinung (1) usw. betrieben haben!“

Refer! Merkt du was?! Wo Beweise fehlen, muß die „geistliche Autorität“ herhalten. Ist es nicht einleuchtend, wie hier die „geistliche Autorität“ mißbraucht wird, um handgreifliche, unwiderlegliche Unrichtigkeiten zu decken!

Bliebe mir nur mehr übrig zu beweisen, daß „Sitz Berlin“ mit seinem der Öffentlichkeit übergebenen Bericht diese in der Tat irreführend hat. Die „Hilfe“ (Nr. 25) vom 21. Juni d. J. schreibt:

„Die katholischen Arbeitervereine Deutschlands haben ihren Delegiertentag in der Pfingstwoche in Berlin in den Germania-Sälen abgehalten und mit einem Gebet zum heiligen Joseph eingeleitet. Die Zahl der Vereine ist im letzten Jahre (?) um 825 auf 988 gestiegen und die der Vereinsmitglieder von 10 000 auf 123 000. Die Gesamteinnahmen betragen Mart 1 058 560.“

Die „Soziale Praxis“ (Nr. 39) vom 25. Juni d. J.: „Der Verband katholischer Arbeitervereine, der am 10. und 11. Juni in Berlin seinen 11. Vertretertag abhielt, umfaßte Ende 1907 (?) 988 Vereine mit 123 000 Mitgliedern gegenüber 825 mit 110 000 im Vorjahre. Die Gesamteinnahmen übertreffen mit 1 058 560 M. (?) die der evangelischen Arbeitervereine um ein Duzendfaches.“

So — das genügt! Nun weiß man, wo die „Hilfser“ her!

### Rundschau.

**Im Kampfe um das Koalitionsrecht.** Das Gemeindekollegium der Stadt München nahm am 23. Juli nach längerer Beratung einen Antrag an, wonach künftighin städtische Lieferungen nur an solche Firmen vergeben werden sollen, welche die Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten, Arbeiter und Bediensteten in vollem Umfange wahren. Dieses Vorgehen richtet sich gegen die bayerischen Metallindustriellen, die ihren Beamten das Koalitionsrecht rauben wollen. Auch das Nürnberger Gemeindekollegium hat sich mit der gleichen Angelegenheit beschäftigt. Der liberale Stadtmagistrat hat jedoch bernaht die Sache verwässert, daß die Metallgewaltigen nicht mehr zu beschränken haben, von Lieferungen der Stadt Nürnberg ausgeschlossen zu werden.

**Ausländische Arbeiter im Tiefbauverbe.** Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ veröffentlicht nunmehr das Schreiben des preussischen Eisenbahnministers, das auf die Eingabe des Verbandes Deutscher Tiefbauunternehmer, betr. die Beschäftigung ausländischer Arbeiter, einlief:

„Dem Bedürfnis der Tiefbauunternehmer nach Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte wird im Bereiche der mir unterstellten Verwaltung bereits nach Möglichkeit Rechnung getragen. So ist die frühere Bestimmung der allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Erd-, Fels-, Korb- und Böschungsarbeiten, wonach bei der Umahme von Arbeitern die einheimischen, besonders aber die in der Gegend der Arbeitsstelle wohnenden geeigneten Arbeitslöhner vorweg von dem Unternehmer zu berücksichtigen waren, aufgehoben, und es ist den Unternehmern ausdrücklich anheim-

gestellt worden, ihren Bedarf an Arbeitern durch Heranziehung ausländischer Arbeiter zu decken. In wie ausgedehntem Maße hiervon Gebrauch gemacht worden ist, beweist die Tatsache, daß beispielsweise allein von den Unternehmern staatlicher Eisenbahnbauten um die Mitte des vorigen Jahres über 23 000 ausländische Arbeiter beschäftigt wurden. Zu derselben Zeit wurden von den bei der Ausführung staatlicher Hoch- und Wasserbauten tätigen Unternehmern unter 18 500 Arbeitern 1950, also 10 Prozent Ausländer, beschäftigt. Bei den nach dem Wasserstraßengesetz vom 1. April 1905 auszuführenden großen Wasserbauten wird die Heranziehung ausländischer Arbeiter noch besonders erleichtert werden. Die in der Eingabe vom 11. v. M. erwähnte Unterstützung der deutschen Feldarbeiterzentrale soll dabei auch den Tiefbauunternehmern werden. Die Vauobehörden haben den Auftrag erhalten, der genannten Zentrale die Namen der in ihrem Bezirk tätigen Unternehmer bekannt zu geben, damit sie sich von vornherein an diese mit ihrem Arbeiterangebot wenden kann, und die Unternehmer werden in der Lage sein, sich mit der Zentrale unmittelbar in Verbindung zu setzen. Auch bei der Heranziehung polnischer Arbeiter sind den Tiefbauunternehmern keinerlei Schwierigkeiten bereitet worden. Alle im Jahre 1907 von Tiefbauunternehmern gestellten Anträge auf Zulassung polnischer Arbeiter sind unter meiner Zustimmung vom Herrn Minister des Innern genehmigt worden. In gleich entgegenkommender Weise ist auch im laufenden Jahre verfahren worden, und bei den erwähnten großen Wasserbauten werden nach einer mit dem Herrn Minister des Innern getroffenen Vereinbarung die von den Unternehmern ausgehenden Anträge, soweit möglich, Berücksichtigung finden.“

Das nennt man Entgegenkommen! Freilich, mit dem Schuß der nationalen Arbeit verträgt sich das ja nicht. Das ist eine offensibare Begünstigung der ausländischen Arbeiter, und fordert zum schärfsten Protest heraus. Tausende deutscher Arbeiter sind arbeitslos, während sie zusehen müssen, wie Ausländer an ihren Heimatsorten beschäftigt werden. Ein Standa ist es geradezu, daß nun auch noch ein von deutschen Steuerzahlern unterstütztes Institut, die Feldarbeiterzentrale, die Vermittlung der Ausländer an die Tiefbauunternehmer übernehmen soll. Lebt denn dieser preussische Minister, der dieses Schreiben mit seinem Namen deckt, nicht in Deutschland und im Leben der Wirklichkeit? Es ist dringend not, daß eine Korrektur an diesem Erlaß vorgenommen wird, nötigenfalls an dem betr. Minister selbst.

**Ich möchte wohl, aber ich mag nicht.** Am 18. Juli wurde in Mainz in der Generalversammlung der Mainzer Ortskrankenkasse, die sich vollständig in den Händen der Sozialdemokraten befindet, über einen Antrag des christlichen Gewerkschaftsrates verhandelt, der die Einführung der Verhältniswahl für die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse fordert. Die anwesenden 13 Arbeiter sprachen sich für den Antrag aus, die anwesenden 15 Sozialdemokraten lehnten denselben einstimmig ab. Sie erklärten zwar in einer Resolution, im Prinzip dem Antrag sympathisch gegenüberzustehen, ihn aber trotzdem abzulehnen, weil derartige Bestrebungen von den Antragstellern und ihren Freunden überall da, wo sie die Mehrheit in Körperschaften bilden, (??) systematische Bekämpfung fänden. Diese Motivierung ist billig wie Brombeeren. So sieht die sozialdemokratische Theorie in der Praxis aus. Wir haben daher die schwüligen Phrasen am Krankenbette gleich für Schwindel gehalten. Im benachbarten Weisenau, das mit Mainz nahezu verbunden ist, beschloß die Generalversammlung der dortigen Ortskrankenkasse, die sich in den Händen der Christlichen befindet, die Einführung der Proportionalwahl. Das sind die Christlichen.

**Ein Jdhl.** Dem „Reichenbacher Tageblatt“ (Schlesien) Nr. 80 entnehmen wir folgende reizende Schilderung:

„Die Zimmerer der Kaufirma Rob. Klatt (Inhaber Robert und Georg Klatt) halten fest und treu zusammen und alle Jahre unternehmen sie einen Sommerausflug mit Familienangehörigen und Beamten der Firma. Dies Jahr war eine Wagenpartie in die oberhalb Lampersdorf idyllisch gelegene Brandmühle vorzugehen, die auch bei schönstem Wetter über Peiskau, Hah-

dorf, Peigelsdorf und Lampersdorf vorgenommen wurde. Ueber Peterswalbau und Langenbielau trafen die Steinlunzenborfer Zugehörigen der Firma ein. Zum Freude der Zimmerer war auch einer ihrer Chefs, Baumeister Georg Klatt nebst Gemahlin, erschienen und nahmen nebst anderen geladenen Gästen auch an der Mittagstafel teil. Nach dieser fanden in verschiedenen Gruppen Waldpartien statt, worauf der Kaffee wiederum gemeinschaftlich eingenommen wurde. Die Zahl der Teilnehmer betrug gegen 80. Es folgten verschiedene Volksspiele, wie Schachspielen usw., auch dem Wasserport wurde durch Kahnfahrten gehuldigt. Um vier Uhr begab sich die Gesellschaft in den Saal, wo die Entfaltung einer schmucken Fahne stattfand, die — wie Raubvuhalter Pfeiffer in seiner Weiserebe ausführte, — zur Erinnerung daran gestiftet worden ist, daß es nun 10 Jahre her sei, seit die Zimmerer der Firma Klatt denartige gemeinschaftliche Ausflüge veranstalten. Wie dieser, machte auch der Bolker Kasserra zu weiterem festen Zusammenhalten und brachte auf die Firma Klatt ein Hoch aus. Baumeister Klatt sprach in kerniger Ansprache seine Freude aus über das Zusammenhalten seiner Zimmerer, die nicht zu denen gehören, welche nur noch die Scheidewand Arbeitgeber und Arbeitnehmer kennen, sondern noch die Erkenntnis haben, daß auch im Bauhandwerk der alte Spruch Bedeutung finden muß: „Meister ist, wer was erman, Geselle, wer was kann, Mehrbursch jedermann“. Man könne es niemandem verdenken, wenn er sich seine Arbeit so hoch bezahlen lasse, wie es geht, doch jeder müsse auch die Zeit- und anderen Verhältnisse in Betracht ziehen, und das geschehe seitens der Zimmerer in erzeulicher Weise. Dieser ernsten Ansprache folgten noch einige humoristische, in den Rahmen des Festes eingepaßte und geschah auch die Dekorierung von drei Zimmern, welche länger als 25 Jahre bei der Firma Klatt in Arbeit stehen, in humoristischer Form mit Orden, die ihnen allerhöchst die Baubudenkommission zuerkannt hatte. Baumeister Klatt knüpfte hieran die Erwartung, daß diesen nügigen Auszeichnungen auch die wohlverdienten der Handwerkerkammer folgen werden. Er werde hierfür seine besten Mitarbeiter in Vorschlag bringen und hoffe er, daß ihr Beispiel b... deren anspornen werde, gleich wieder ihre Pflicht zu tun. Von diesen steht Wilhelm Friebe-Reichenbach 32 Jahre, Hermann Richter-Reichenbach 28 Jahre und Heinrich Hanke-Verholzborf 27 Jahre in dem Klattischen Baugeschäft in Arbeit. Nachdem noch Geschäftsführer Haase-Steinlunzenborf ein Fahnenband mit sinniger Widmung gestiftet hatte und ein humoristisches Festlied gesungen worden war, trat der Tanz in seine Rechte. Es wurde demselben trotz der herrschenden Hitze flott gehuldigt, bis der Schluß des Festes, die Heimfahrt, herannahte, die bei prächtigem Mondschein glücklich vorstatten ging.“

Scheint das aber glänzend zu sein! Wir befürchten nur, daß diese Zimmerer für den Sommerausflug ihr Koalitionsrecht preisgegeben haben.

**Sozialdemokratie und Tarifverträge.** Nach dem Vortrag eines Dr. Dunler im sozialdemokratischen Verein Stuttgart-West über Partei und Gewerkschaft nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an:

„Die Parteiversammlung des Bezirks Stuttgart-West bekennt sich zu den neuerdings empfohlene Taktik: in Berufen bzw. Organisationen, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die beiderseitige Verständigung ihre Regelung finden, den Klassenkampfstandpunkt fahren zu lassen. Die Versammlung betont, daß ein Tarif nicht als Friedensbündnis abzuschließen sei, sondern als eine Etappe des Klassenkampfes, die Zeit und Gelegenheit bieten soll, um zu weiteren Kämpfen zu rüsten. Die Versammlung verweist auf die in der Resolution des Mannheimer Parteitags verlangte Erfüllung der Gewerkschaften mit sozialem Geist, das heißt mit der Erkenntnis, daß der Klassenkampf der alleinige Weg und der Sozialismus das Ziel der proletarischen Emanzipationsbewegung ist.“

Ganz nach dem Herzen der Scharfmacher und Tariffreunde, Nicht das wirtschaftliche Wohl der Arbeiter ist ausschlaggebend für den Abschluß von Tarifverträgen, sondern um Zeit und Mittel für neue Kämpfe zu gewinnen. Um dem vorzubeugen, müßten die Arbeitgeberverbände die Arbeiterorganisationen bef-

energische Vorarbeiten im Gange sind, um an einigen Stellen unserer afrikanischen Schutzgebiete, speziell in dem östlichen Südwestsafrika, an geeigneten Punkten Talsperren zu schaffen, die naturgemäß gleichfalls in erster Linie der Wasserberföhrung der Umgebung dienen sollen. Als erste und zunächst wichtigste Talsperre soll eine solche am Zusammenfluß des Löwen- und des Fischflusses in Südwestsafrika entstehen, die ca. 2 Millionen Kubikmeter Wasser fassen wird. Im Regierungsauftrage befindet sich gegenwärtig ein Sachverständiger unterwegs nach Deutsch-Südwest, um die dortigen Boden- und Terrainerhältnisse gründlich zu studieren, die für Schaffung einer Talsperre in Betracht kommen.

Noch ein anderer Vorteil der Talsperren, dessen Bedeutung in ganzem Umfange sich bisher nur schätzen und voraussehen läßt, liegt in der Möglichkeit einer Gewinnung billiger Betriebskraft. Die Ausnutzung der Talsperren zu derartigen Zwecken steckt noch in den ersten Anfängen, aber es ist nicht unmöglich, daß wir hier am Beginn einer ganz neuen Epoche der technischen Entwicklung stehen, die freilich nur ein Glied sein wird in der eben beginnenden Aera der industriellen Verwertung der natürlichen Wasserkräfte überhaupt. Es liegt auf der Hand, daß man die Gewinnung lebendiger Kraft, etwa ebenso wie die Gewinnung großer Mengen natürlichen Eises, bei Anlage von Talsperren überall, gewissermaßen als Zugabe, mit in Kauf erhält, obwohl man ohne weiteres zugeben wird, daß diese Zugabe schon allein wertvoll genug ist, um unter Umständen die Schaffung von Talsperren wünschenswert erscheinen zu lassen. Die genannten drei Talsperren am Hoher und Quets z. B. dienen zwar, wie gesagt, hauptsächlich der Vermeidung von verheerenden Ueberflutungen; daneben aber werden sie die angenehme Eigenschaft haben, bereinigt das ganze Gebiet zwischen Gölitz und Landshut einerseits, zwischen Buzlau und der böhmischen Grenze andererseits mit billiger elektrischer Beleuchtung und Kraft zu versorgen. An der fertigen Queistalsperre von Marklissa hat man bereits im August 1906 mit dem Bau eines Elektrizitätswerkes begonnen, das vorläufig das Land bis in die Gegend von Lauban mit elektrischer Kraft versorgen wird.

Es hängt natürlich in jedem Einzelfall von sehr mannichfachen Umständen ab, ob und in welchem Umfang die Anlage einer Talsperre auf die Gewinnung von Licht und Kraft verbilligend einwirken kann; einheitlich gültige Zahlenkoeffizienten hierfür aufzustellen ist in keinem Falle möglich. Wie die Einheitskosten der Talsperreanlagen sich in sehr bedeutenden Grenzen schwanken — in der

Edertalsperre stellen sich die Kosten des gewonnenen Kubikmeters Wassers nur auf acht Pfennig, in der Sperre bei Ronsdorf hingegen auf 1,70 Mark — so wird auch die Möglichkeit ihrer industriellen Verwertung halb geringen, halb großen Schwierigkeiten, begeben und überdies wird der von Ort zu Ort variierende Wert des jeweils zumeist gebräuchlichen Heizmaterials gewichtig mitzuspochen, um zu ermeßen, ob die aus einer Talsperre gewonnene elektrische Kraft Verbilligungen im Betrieb gestattet. Es ist klar, daß in einem an Wasserkräften reichen und an Kohlen armen Lande, wie in der Schweiz oder in Italien, der Uebergang von der Kohlenfeuerung zu der aus natürlichen Wasserkräften gewonnenen elektrischen Betriebskraft wirtschaftlich ein ganz anderes Bild ergeben wird, wie in einem an Kohlen reichen und an Wasserkräften armen Gebiet, z. B. in England, in Belgien und in großen Teilen Norddeutschlands, oder in einem holzreichen Lande, wie in Nordrußland, Canada usw. In der Regel aber wird man, speziell auch in unserem deutschen Vaterlande, damit rechnen dürfen, daß die aus Talsperren gewonnene elektrische Kraft sich nicht unbedeutlich billiger stellt als die mit Hilfe der Kohlenfeuerung erzeugte. Es dürfte daher nicht ganz unwahrscheinlich sein, daß die Industrie, die bisher aus naheliegenden Gründen die großen Ebenen bevorzugte, sich in Zukunft zu einem nicht kleinen Teil in die Gebirge zurückziehen wird.

Zum Schluß noch ein paar Worte über die ästhetische Seite der Frage! Zwischen den Naturfreunden, die jeden menschlichen Eingriff in eine mit Naturschönheiten gesegnete Gegend als eine Entweihung empfinden, und den Ingenieuren oder Geschäftskleuten, welche dem Amerikanismus verfallen sind und alle Dinge nur vom Nützlichkeitstandpunkt betrachten, besteht ein scharfer und sich stetig verschärfender Gegensatz, der gerade wohl auch in der Frage der Talsperren über kurz oder lang einmal zu einem heftigen Zusammenprall führen wird. Liegt es doch in der Natur der Sache, daß Talsperren mit Vorliebe an landschaftlich schönen Punkten geschaffen werden, an Stellen, wo sich enge Gebirgstäler und steilabfallende Berghänge finden. Die Naturfreunde, die soeben erst in der Erreichung einer staatlichen Fürsorge für die Erhaltung der Naturdenkmäler einen bedeutenden und hocherfreulichen Erfolg errungen haben, werden auf die Dauer kaum ruhig zusehen, wie bald hier bald da ein wohlvertrautes, liebes Landschaftsbild durch die Schaffung von Talsperren eine grundlegende Umwandlung erfährt, um ja mehr, als zu einer solchen Anlage zunächst eine unzulässige Abholzung der Berghänge, ein Ueberbrennen des

Wiesengrases, eine Verunzierung des Tales durch eine gewaltige, kahle Steinmauer usw. gehören. Dennoch aber lehrt die Erfahrung, daß in den meisten Fällen nach Fertigstellung der Talsperren das Talbild eher gewonnen als verloren hat: der blinkende, von grünen Anlagen umsäumte Stausee, der das Gebirgstal ausfüllt, trägt in der Regel zur Belebung des Landschaftsbildes freundlich bei und verjöhnt mit dem gewaltigen Eingriff in die Naturschönheiten und der Umwandlung des Anblicks einer altvertrauten Gegend. Mag auch der Mensch gewohntes Alles ungern entbehren: er pflegt sich an das Neue ebenfalls leicht zu gewöhnen und lernt gar bald auch dessen Vorzüge schätzen. Wir hadern heut nicht mehr mit früheren Zeiten, welche in landschaftlich bevorzugte Gegenden die umstürzende Arbeit der Ingenieure trugen, als sie uns die Stillferjochstraße, die Areestraße und viele, viele andere Meisterwerke der Technik im Gebirge schenkten; wir möchten alle diese Kunstschöpfungen inmitten einer gewaltigen Natur heut sogar nicht mehr entbehren, denn sie sind uns nun einmal vertraut und ein integrierender Bestandteil des Landschaftsbildes geworden. So wird es bereinst auch mit den Talsperren gehen, und es liegt kein Grund vor, daß sich ihretwegen Naturfreunde und Ingenieure entzweien.

Wo sich freilich industrielle Zwecke in größerem Umfange mit den Talsperren verbinden, da liegt auch die Gefahr vor, daß unschöne Fabrikgebäude, Elektrizitätswerke usw. in die Gebirgsnatur eindringen. Aber das Störende derartiger Anlagen im Naturbilde liegt ja von jeher weniger in den Gebäuden selbst, die nur in der nächsten Nähe wahrgenommen zu werden pflegen und deren Anblick der Mensch gern in den Kauf nimmt, als in dem Vorhandensein ragender, qualmender Schornsteine, die in weitem Umkreise das Landschaftsbild jäh zerreißen und störende Alltagsgedanken und Stadtbilder in den Naturgenuß tragen. Aber gerade in dieser Hinsicht ist von den Talsperren-Anlagen wenig oder gar nichts zu fürchten. Die elektrische Kraft, die sie uns schenken, will uns ja vielmehr vom Qualm und Rauch der Eßen, von den poestelosen Steinkirnen schmutziger Schornsteine erlösen. Wo Talsperren entstehen, ist die Luft vor dem Verqualmen durch industrielle Anlagen und das Landschaftsbild vor den schönheitmordenden Riesenschornsteinen in höherem Grade geschützt. Somit liegt also für den Naturfreund auch in dieser Hinsicht keine Veranlassung vor, den siegreichen Fortschritten der Segen und Wohlfahrt verbreitenden Talsperren mit Mißtrauen oder gar mit Feindschaft zu begegnen.



ber ersten sich bietenden Gelegenheit nieder. Können die sozialistischen Arbeiter sich darüber beklagen? Nein! Die Schornäher nehmen den Klassenkampf auch für sich auf. Und wer hat den Nachteil davon? Antwort: Die deutschen Arbeiter, die sich von solch gewissenlosen roten Agitatoren an der Nase herumführen lassen.

# Wirtschaftliche Bewegung.

Zugzug fernhalten; Weihenburg i. G., Aussperrung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Rheinland und Westfalen (Kölschleger), Godesberg a. Rh., Sperre über die Firma Weihen, Dortmund, Sperre über die Firma Leitner wegen Nichtzahlung des fälligen Lohnes (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Landingen, Sperre über die Firma Schmid, Schwalbach, Sperre über die Firma Benzen, Burghausen und Salzach, Streik der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter.

### Bohnbewegung der Stukkatoren im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Der Kampf gegen die beabsichtigten Bohnreduzierungen ist in Dortmund auf alle Gewerkschaften ausgebreitet worden. Nachdem die Besitzer die Arbeitgeber, welche Reduzierungen vorgenommen haben, gesperrt, wurden die übrigen bei den organisierten Arbeitgebern beschäftigten Kollegen ausgesperrt. Von unseren Verbänden sind 60 Kollegen beteiligt, darunter kommen 30 mit 67 Kindern in Betracht. Abgereist sind inzwischen zehn Kollegen.

Die Dortmunder Arbeitgeber bemühen sich der Öffentlichkeit gegenüber, den Gehilfen die Verantwortung aufzuwälzen. Der Schiedspruch sei für die Arbeitgeber unannehmbar, weil er für das Jahr 1909 eine Lohnreduzierung vorsehe. Man verschweigt, daß es sich nur um 1 Pf. handelt. Weiter wird in den Zeitungsartikeln behauptet, die Erklärung der Gehilfen, die Arbeitgeber hätten die Absicht, den Lohn bis zu 6 1/2 Pf. die Stunde zu kürzen, sei eine bewusste Unwahrheit. Selbstverständlich sekundiert die „Rhein-Westfäl. Arbeiterzeitung“ und schlägt denselben Ton an. Wir sind weit davon entfernt, ebenfalls einen solchen unweisen Ton anzuschlagen. Wir stellen fest, daß der Redaktion der „Tremonia“ zum Beweise unserer Behauptung eine Bohnliste vorgelegt wurde, aus welcher hervorzu- gehen, daß der Lohn ab 1. Juli von 66 1/2 Pf. auf 60 Pf. re- duziert werden sollte. Nach der diesbezüglichen Feststellung schen- nen die Arbeitgeber wohl die Sprache verloren zu haben.

Zur Bewegung selbst wollen wir noch mitteilen, daß die Kollegen gewillt sind, alles daranzusetzen, um Verschlechterungen zurückzuweisen. Zugereiste hatten wir einen großen Teil zu verzeichnen, die auf Grund von Annoncen in „Der deutliche Arbeitsmarkt“ hierhergereist sind. Nach Aufklärung haben sie den Staat Dortmund sofort wieder von den Füßen ge- schüttelt.

In der „Rhein-Westfäl. Arbeiterzeitung“, sowie einer Reihe von bürgerlichen Blättern besand sich folgende Notiz:

„Am Sonntag fand in Bochum eine Sitzung des Vereines selbständiger Bildhauer und Stukkateure, zu der Vertreter der Ortsgruppen Dortmund, Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Gerne, Luna, Lünen und Wanne erschienen waren, statt. Die Arbeit- gebervertreter trafen nach den Mitteilungen eines bürgerlichen Korrespondenzbureaus folgenden Beschluß: „Wenn die Stukka- teure und Fuhrergehilfen beider Gewerkschaften bis zum Mit- twoch, den 15. Juli 1908, nicht in Verhandlungen eingetreten sind, die die Beilegung der von ihnen verursachten Lohnbe- wegung in Dortmund in Aussicht stellen, so werden beide Arbeit- geberverbände am 18. Juli 1908 die Aussperrung sämtlicher organisierten Gehilfen in genannten Orten vornehmen.“

Von diesem Beschluß sind bisher weder die Zentralverbände noch die einzelnen Zehlfstellen der Arbeiterorganisationen, mit Ausnahme der Zehlfstelle Wanne, unterrichtet worden.

Bis heute, am 20. Juli, sind aber keine weiteren Aus- sperrungen vorgenommen worden. Wir sind jedoch der Ansicht, falls die Arbeitgeber Verhandlungen wünschen, dieses der Arbeiterschaft doch mitgeteilt werden muß. Oder sollen die Ar- beiter unter sich verhandeln? Wie nicht anders zu erwarten, glaubt auch Herr Schmiedehaus wieder einmal Gelegenheit nehmen zu müssen, der christlichen Organisation ein auszu- weisen. In Nr. 28 der „Rhein-Westfäl. Arbeiterzeitung“ schreibt er unter anderem: „Interessant ist es, daß be- züglich, dem Herrn Schmiedemeister aus Thüringen und seinen Gefinnungsgenossen gegenüber hier feststellen zu müssen, daß seitens der so- zialdemokratischen Zentralleitung aus Ham- burg, wie uns berichtet wurde, den Arbeitern mitgeteilt ist, sie möchten im Augenblick einen Kampf vermeiden, daß aber die christl. Organi- zation diejenige gewesen ist, die den Streik verlan- get und die Sperre der Dortmunder Ge- werkschaft auch durchgeföhrt hat.“ Wir können ja das Verhalten dieses Herrn nach seinem be- rühmten Reserat über die christlichen Gewerkschaften verstehen, auch daß er alle Mittel heranzieht, um die Christlichen als die „Gefährlichsten“ hin- zuzeichnen. Zur Richtighaltung wollen wir jedoch mitteilen, daß in der gemeinsamen Versammlung am 3. Juli es der Vertreter der christlichen Organisation, Kollege Häuschen, war, welcher unter heftiger Opposition gegen den Angriffskampf protestierte, und ist es seinen Bemühungen auch gelungen, die Kollegen von dem allgemeinen Kampf abzuhalten. Also mit dieser Beweisfüh- rung über die Gefährlichkeit der Christlichen ist es mal wieder nichts. Wir glauben allerdings nicht, daß Herr Schmiedehaus so objektiv ist und tadelt dies dem Herrn Schmiedemeister ebenfalls mit. Weiter wird in demselben Organ mitgeteilt, daß die Stukkateurgehilfen in fünf größeren Stätten die Arbeit nieder- legt hatten. Wir wollten nur feststellen, daß bis zum 20. d. M. weder in einem an- deren Orte außer Dortmund Differenzen ausgebrochen, noch Ar- beitsmittellungen vorgenommen sind. Hieraus ergibt man ja recht, daß gerade jene, die uns bewußte Unwahrheiten vor- weisen, es selbst mit der Wahrheit nicht ernst nehmen.

Zwischenzug aus folgendes Schreiben zu:

An den Zentralverband christl. Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands, z. H. des Herrn Th. Häuschen, Bochum.

Die Ihnen durch die Zeitung bereits mitgeteilt wurde, hat sich der Stukkateureverband von Rheinland und Westfalen durch die von Ihnen genandte herbargetriebene Sperre ver- schiedener Gewerkschaften in Dortmund veranlaßt gesehen, in seiner letzten Sitzung folgenden Beschluß zu fassen: „Da die organi- sierten Stukkateurgehilfen die von Ihnen über eine Anzahl Dortmunder Gewerkschaften genandte verhängte Sperre bisher nicht aufgehoben, auch keine Schritte zur Abhebung von Verhand- lungen unternommen haben, so werden die organisierten Stuk- katoren ab dem Sonntag, den 20. Juli d. M., in Dortmund, Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Langendreer, Gelsenkirchen, Wanne, Lünen, Hagen, Heddinghausen und Gerne gestattet und anfallen.“ Wir geben Ihnen hieron noch einmal be- züglich des Beschlusses nochmals bekannt, daß wir bereit sind, die Mittel zum Streit in jeder Angelegenheit an den Zentral- verband zu lassen, auf den Ihnen

kannter Grundlage sind die Stukkateuremeister nach wie vor bereit, den Vertrag bis zum 31. März 1910 abzuschließen.

Hochachtungsvoll: Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rhein-westf. In- dustriegebieten.

Geschäftsleitung: G. Schmiedehaus. Darauf hat der Arbeitgeberverband folgende Antwort er- halten:

An den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe z. H. des Herrn Schmiedehaus, Essen.

Zur Bestreue Ihres gest. Schreibens vom 21. d. M. bemerke ich, daß von einer grundlos verhängten Sperre nicht die Rede sein kann. Die Sperren sind verhängt worden, weil von Seiten der Dortmunder Stukkateuremeister eine Reduzierung des Stundenlohnes bis zu 6 1/2 Pf. beabsichtigt wurde. Aus diesem Grunde ist es nicht möglich, die Sperre einfach aufzuheben. Selbstverständlich sind wir jederzeit bereit, in Verhandlungen einzutreten, und sehen wir dieserhalb einer diesbezüglichen gest. Einladung entgegen.

Hochachtungsvoll Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands, R. A.: Theodor Häuschen.

Am 23. Juli fand eine Besprechung zwischen dem Zentralvor- sitzenden des roten Stukkateureverbandes, Obenthal, dem Lokalbeamten derselben, Baues, sowie dem Arbeitgeber Granderath-Düsseldorf und Lang-Dortmund statt. Festgelegt wurde unter anderem am Freitag, den 24. Juli, in Essen eine Verhandlung anzuberaumen, zweeks Beilegung der Differenzen in Dortmund. An dieser Sitzung nahmen teil die Arbeitgeber Granderath-Düsseldorf als Vertreter des Frankfurter Arbeitgeberverbandes, Krähwinkel als Vertreter des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberbundes und Lang als Vertreter der Arbeitgeber der acht Lohngebiete. Von den Arbeitnehmern waren vertreten die Kollegen Häuschen, Bezirksleiter, und Deuser- Essen, von den Genossen: Obenthal-Hamburg, Bannes-Düsseldorf und Wien-Dortmund. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde folgendes festgelegt:

- 1. Die allgemeine Aussperrung fällt aus.
2. Die Aussperrungen in Dortmund werden aufgehoben. Die Gehilfen nehmen kommenden Montag die Arbeit wieder auf.
3. Die Tarifverhandlungen beginnen am 12. oder 13. August 1908 in Bochum und sollen möglichst im August 1908 zu Ende geführt werden.
4. In den acht Städten gelten die bisher be- stehenden Tarife bis zum Abschluß des neuen Tarifs. Auch dürfen keine Aussperrungen mehr stattfinden.

In den in Betracht kommenden Städten, in denen kein Tarif bestanden hat, dürfen keine Lohnkürzungen noch Arbeitszeitver- längerungen stattfinden.

Die Abmachungen gelten für die Lohn- gebiete Bochum, Dortmund, Essen, Gelsen- kirchen, Hagen, Heddinghausen, Lünen, Wanne und Wanne. Vor Abschluß des neuen Tarifs dürfen keine Sperren noch Aus- sperrungen vorgenommen werden.

Verhandelt und anerkannt Essen, den 24. Juli 1908.

M. Granderath, Aug. Lang.

Chr. Obenthal, Th. Häuschen, Pj. Deuser, Em. Wien, Friz Bannes.

Nach diesem Abkommen wird der Frieden im Stukkateurgewerbe vorläufig wieder hergestellt werden. Hoffen wir, daß auch die Tarifverhandlungen im friedlichen Sinne erledigt werden.

### Bezirk Breslau.

Sozialist. Am 13. Juni traten an den Bahnarbeiter der Strecke Groß-Graben, Felsenberg, Ostrowo die Kollegen bei der Firma Steinbach aus Stetglitz bei Berlin in einen Abwehrstreik. Im Frühjahr, als die Kollegen eingestellt wurden, kletzte ihnen der Boller mit, es müße jeder pro Tag 2000 Steine ver- mauern. Nachdem nun die Arbeitszeit auf 11 Stunden festge- setzt wurde, verlangte man pro Tag 2500 bis 2700 Steine zu vermauern. Ebenfalls ließ die Behörde viel zu wünschen übrig. Die Kollegen machten der Betriebsleitung von diesen Vorkommnissen Mitteilung und nahm diese zu der Angelegen- heit Stellung. Das Vorkommnis der Bauabgeordneten wurde mit Entlassung beantwortet. Da der Kollege nicht wieder ein- gestellt wurde, legten auch a. e. andere die Arbeit nieder. Die Kollegen verlangten nun die Beseitigung der Mißstände und für die Arbeit an Brückenbauten usw. 10 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde. Am 14. Juni nahmen die Kollegen in einer Ver- sammlung zu der Bewegung Stellung. Am 15. Juni fanden mit der Firma Verhandlungen statt, jedoch verliefen diese resultatlos. Die vier Arbeitswilligen, die sich eingefunden hatten, legten nach drei Tagen ebenfalls die Arbeit nieder, und so lag die ganze Arbeit still. Bei der zweiten Verhandlung, unter Hin- zuziehung des Bezirksleiters und des Vorstehenden, gelang es, eine Einigung zu erzielen. Der Stundenlohn wurde um 5 Pf. erhöht, ebenfalls wurde in allen übrigen Punkten eine Ver- besserung erzielt. Die Sozialist. Kollegen mögen durch dieses einig und geschlossene Vorgehen sehen, daß durch Zusammen- schluß in unserem Verband vieles erreicht werden kann. Agitiere daher jeder für unseren Verband! Denken wir aber nicht, Kol- legen, daß der Verband nur für wirtschaftliche Interessen da- ist. Nein, auch hohe ideale Aufgaben sind zu erfüllen. Ver- gessen wir dem unsern Geist nicht, zum Wohle unserer Or- ganisation.

### Bezirk Köln.

Düsseldorf, 25. Juli. Schon seit dem 10. Juli ist die Firma Benzen, die 16 Neubauten der Maschinenfabrik in Benzen aus- führt, gesperrt. Die Firma weigert sich hartnäckig, den tarif- lichen Lohn von 60 Pf. pro Stunde zu zahlen. Mit 66 Pf. wurden die Maurer abgepfist. Unternehmer Benzen ist aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten, und glaubt nun seine eignen Wege gehen zu können. Da er nun zu einer andern Zeit, als das Strafjahr vorüber, ausgetreten ist, muß er seine Bei- träge bis Jahresfrist nachzahlen. Er hoffte nun auch für diesen Erwerb die Unterstützung des Bundes zu erhalten. Beim Vorkommnis wurde er mit dem „allgemeinen“ Arbeit- geberbund. Dieser aber wollte mit dem zahlenmäßig nicht aus- reichten Erwerb, sondern hielt die Sperre für das beste Mittel. Wie uns nun bekannt ist, sollen die Bonzen bis zum 15. Novem- ber fertiggestellt sein. In der Tageszeitung werden nun durch Bauunternehmer hat er sein Teil verlangt. Auffallen muß es, daß die Polizei sich abmühte, die Streikposten zu- rückzuführen und alle passierbaren Wege abzusperrten. Ein- schließlich beim Polizeicommissar befehlt uns, daß Ben- zen mehrere Male mit geschäftlichen Vorkommnissen gegen die Streik- leute an die Polizeidirektion gelangt sind. Der Kommissar hat uns auf Grund des Tarifstreiks ein Verbot er- lassen zu lassen, Besuchen müssen wir noch, daß

immer wieder Kollegen auf den Baustellen erschienen, die der Sperre nichts gemerkt haben wollen, trotzdem sie organ- sind. Wieder leider ein Zeichen, daß die Verbandsorgane gelesen werden.

### Bezirk München.

Burghausen a. S., eine jener Städte, die ihr mittela- liches Gewand bis zu dem heutigen Tage bewahrt hat, lündet durch stumme Wahrzeichen, in Form eines gut erhalten die ganze Stadt beherrschenden Mauergürtels und eines maligen Herzogsschlosses von der Höhe herab, die Größe in verschollener Zeiten. Der mittelalterliche Wohlstand, der Durchblutung der so herrlich gelegenen Salzstadt an- halbte deutliche Spuren hinterlassen hat, ist bei dem anfangigen Arbeiterstand längst verschwunden. Hohe Geb- mittelpreize, farge Wöhne, das ist die Melodie, die beson bei den Bauarbeitern schon seit geraumer Zeit klar er- 1910 im Dezember 1906 die Werbetrommel unter uns Berufskollegen rührten, stand der Lohn für Maurer auf 24 für Zimmerer auf 22 Pf. und für Bauhilfsarbeiter noch einige Stufen niedriger. Durch unser kräftiges Einsetzen der Agitation wurden die Unternehmer des Baugewerbes gerüttelt. Dieselben haben in der Zeit von Januar 1907 Mai 1908 die Löhne um durchschnittlich 4 Pf. pro Stun- „freiwillig“ aufgebessert. Durch diese Maßnahmen glaub- die Unternehmer den Organisationsgedanken unter ihren beitem wieder sanft entschlimmern zu lassen. Diese Er- rung hat sich als falsch erwiesen. Ende Mai legten wir Unternehmern einen Tarifentwurf vor. Dessen Hauptgrün- züge sind: Arbeitszeit täglich 10 Stunden (wie bisher), St- denlöhne für Maurer 38 Pf., für Zimmerer 36 Pf., und Bauhilfsarbeiter 30 Pf. Wir erwarteten von den Unter- nehmern eine Antwort. Jedoch eine solche kam... Die f- schließlich Vorkommnissen erklärten die Unternehmer, daß dem Bezirksverband der Arbeitgeber für den Bezirk Südbay- angehören und somit nur unter Mitwirkung ihrer Verban- leitung verhandelt werden. Wir vereinbarten sodann mit Verbandsleitung der Arbeitgeber einen Termin zur Verha- lung. Ehe aber eine solche stattfand, änderten die hiesige Unternehmer ihre Stellung und vernichteten rundweg jegli- Verhandlung und Tarifanerkennung. Zur Durchführung d- Forderung blieb nichts weiter übrig, als die Arbeitsnie- dertsetzung. Dieselbe erfolgte einstimmig am 11. Juli. Am Woch, den 22. Juli, fand auf Veranlassung des hiesigen Mit- meisters eine Besprechung zwischen den Arbeitgebern und i- Streikleitung statt. Hierbei machte der Zimmermeister St. a- seinem Herzen keine Mördergrube. Er meinte, es sei in sein- Betrieben seit 60 Jahren Prinzip, daß der Arbeiter nicht zu sagen habe und so müße es auch in Zukunft bleiben. Der Arbeiterverband sei eine unabhängige Firma, die Vertreter desselben seien für ihn lust. Dabei verstand er es, die übrigen zwei Unternehmer für seine „Ideen“ zu gewinnen, u- so verlief die Besprechung resultatlos. Die Unternehmern such- durch Herausgabe von „Schwarzen Listen“ und durch Stre- bredereinsätze in den Zeitungen um einen „Sieg“ zu gelang- Unsere Kollegen werden aber trotz der „Unternehmergeschü- die begangenen Dahren weiter wandeln und nach wie vo- für Durchführung des Kampfes eintreten.

Augsburg. Seitens der hiesigen organisierten Bauarbeit- schaft wurden schon mehrmals Versuche unternommen, mit de- hiesigen Bauunternehmern tarifliche Vereinbarungen zu treffen. Diese Versuche, welche mehrere langwierige Streiks zur Folge hatten, sind bis jetzt immer an der absehenden Haltung der Unternehmer gescheitert. Neuerdings an den hiesigen Arbeit- geberverband f. d. B. gestellte Anträge bezüglich Tarifver- handlungen, wurden entgegen seiner bisherigen Haltung in- befallenden Sinne beantwortet. Am Mittwoch, den 15. Juli vormittags 9 Uhr beginnend, fanden im Café Maximilian Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverbande und den be- teiligten Arbeiterorganisationen statt. Nach Beseitigung der „Berger von Borurteilen“ seitens der Unternehmer, hätte man billigerweise erwarten sollen, daß die einzelnen Arbeiter- organisationen, bzw. deren Vertreter in rein wirtschaftliche Fragen bei dieser Gelegenheit sich gegenseitig keine Schwierig- keiten bereiten. Aber weit gefehlt! Gausleiter Kemmer (so- zialistischer Zimmererverband) beantragte, stolz wie ein Spanier, eingang- der Verhandlungen, Ausschluß der Christlichen und Fried- Dunderfelsen von den Tarifverhandlungen. Dabei bediente er sich ganz infamer Verdächtigungen. Er beschuldigte u. a. unseren Verband als etwas nicht Vorhandenes, der Tarifver- handlungen, nur als Fährer der Schmutzkonturrenz u. dgl. m. Gleich- zeitig mit diesen stellte er in Aussicht, daß, wenn seinen „Anträge“ nicht stattgegeben werde, sie (die roten Gewerk- schaft, „Führer“) die Konsequenzen daraus ziehen würden. In diesen Restrain stimmte der ganze anwesende „rote“ Chorus ein. Der Lokalbeamte Rothmund-Augsburg (soz. Bauhilfsarbeiter- verband) sprach im feierlichen Tone der blutigen Waja: „er- halte es unter seiner „Würde“, neben Christlichen zu stehen oder gar seinen Namen unter einen Tarifvertrag zu schreiben, wo auch christliche Namen darauf zu sehen kämen.“ (Nu, und das sagt ein Rothmund? Wir kennen diesen Mann näm- lich persönlich aus den ersten Versammlungen, die unser Ver- band in Nürnberg abhielt. Nach einer der selben geiff er unsere Kollegen vor der Türe tödlich an. Warum mußte er nun- mehr von Nürnberg weg und wurde er nach Augsburg ver- pflanzt? Kennt er etwa das Flugblatt seines ehemaligen Freundes Ditsch? In unserer Organisation würde eine Person, der derartige ehrenrührige Vorkünfte gemacht werden, mindestens solange halt gestellt werden, bis sie vor Gericht ihre Un- schuld voll erwiesen hätte. Und diese Kreatur rebet von unter seiner Würde hatten, mit den Christlichen gemeinschaft- lich zu verhandeln? Prüf Zeufl.) Darauf bezeichnete Kollege Brüdner, das schäbige Vorgehen der „Zielbewerber“ als direkt arbeiterschädigend, zerstörte das „rote Illusionsgebäude“, in- dem er durch Tatsachenneweise die haltlosen Anwaltschaft des Kemmer u. Co. in das Reich der Unwahrscheinlichkeit und Unduldsamkeit verwies und beantragte Ablehnung des innerlich- nicht haltbaren Antrages Kemmer. Die Unternehmer erklärten auf „neugebenedene Begründungsversuche“ des zielbewußten Kem- mer: „Entweder es wird ein Tarifvertrag mit sämtlichen Or- ganisationen abgeschlossen, oder überhaupt keiner.“ Man mußte Kemmer und sein „Gesolge“ die „Konsequenzen“ hieraus ziehen. Ersterer hielt es in Anbetracht der „Schwere“ seines Antrages für angebracht, sich mit seinen „Arbeitern“ zu einer Geheim- sigung zu versammeln. Dies geschah. Nach circa 5 Minuten langen rotem Femegericht erschienen wiederum Kemmer und sein Stab und verflüchtete mit der Stimme eines „Nichterhörten“, also: „Wir erkennen die Christlichen und Fried- Dunderfelsen als gleichberechtigte Faktoren an. (Jeder blamiert sich so gut er kann.) Nach Erledigung dieser geradezu ekelhaften Szene verließen die bis abends 1/8 Uhr währenden Verhandlungen in ziemlich sachlichen Rahmen. Das Resultat der Verhandlungen ist ein bis zum 31. März 1910 währender, auf dem Berliner Ver- tragsmuster aufgebauter Tarifvertrag. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher 10 Stunden täglich. Der Lohn beträgt ab 18. Juli für einen Maurer 47 Pf., für einen Zimmerer 44 Pf., für einen Bauhilfsarbeiter 35 Pf. pro Stunde. Ab 1. April 1909 steigt der Lohn für Maurer und Bauhilfsarbeiter um 1 Pf., für Zimmerer um 2 Pf. pro Stunde. Für Nachtarbeit werden 60%, für Sonn- und gesetzliche Feiertagsarbeit werden 100% bezahlt. Bis jetzt war der Höchstlohn für Maurer 46 Pf. der Durchschnittslohn für Zimmerer 43 Pf., und für Bauhilfs- arbeiter 30 Pf. In der Erwägung dieser Lohnsätze und des Umstandes, daß die Konjunktur dieses Jahr eine gedrückte



ist der Tarifabschluss ein, wenn auch nicht allzu großer, so doch annehmbarer materieller Vorteil. Aber mindestens eben so hoch, wenn nicht höher, ist der ideale Erfolg des Tarifvertrages zu werten. Hat doch bisher der Arbeitgeberverband f. d. B. unter Zuhilfenahme kaum haltbarer Vorwände es verstanden, jeglichen Einfluß der Arbeiterorganisationen auszuüben. Jeder Arbeiter müßte bei Antritt des Arbeitsverhältnisses durch Namensunterschrift u. a. bekunden: „Die Dauer der jeweiligen Arbeitszeit und den hierfür zu zahlenden Stundenlohn setzt der Meister oder dessen Stellvertreter fest; die Einmischung Dritter bleibt ausdrücklich ausgeschlossen.“ Wie vorstehendes zeigt, haben nunmehr auch die Augsburger Bauunternehmer ihren bisherigen Standpunkt verlassen und ihre Arbeiter als gleichberechtigt anerkannt. Möge sich die nun vollzogene Wandlung noch erweitern und ausbauen zur Erhaltung und Stärkung des gewerblichen Friedens im hiesigen Baugewerbe.

### Der sozialen Frage neues Gesicht.

Obwohl nun seit Jahren über die sogenannte soziale Frage geschrieben und debattiert wird, obwohl ein bloßer freier Blick in die tatsächlichen Verhältnisse und Zustände der Gegenwart die Dringlichkeit derselben sowie die Notwendigkeit von Reformmitteln darlegt, gibt es immer noch zahlreiche uns sonst nahestehende Kreise, welche sich mit den neuen sozialen Aufgaben nicht befassen können. Sie stehen noch zaudernd abseits. Der eine meint, mit werktätiger Nächstenliebe und mit den Mitteln der Caritas die heutigen sozialen Schäden lindern zu können. Der andere erwartet die Haupthilfe vom Staate und steht selbst verzagt da, statt auch die Mittel der Selbsthilfe anzuspannen. Ein dritter gar glaubt, die soziale Bewegung sei nur dadurch künstlich in die Welt gesetzt, daß man das Volk verhetzt und zu einer unberechtigten Unzufriedenheit ermuntert habe. Solchen und noch manchen andern Einwänden begegnet man auch heute noch oft genug, so daß es sich wieder einmal verlohnt, auf den Grundcharakter der sozialen Frage der Neuzeit mit einigen Worten einzugehen.

Wie liegen aber die Dinge? Die sogenannte soziale Frage ist längst nicht mehr eine Erscheinung, die bloß Gelehrte in ihren Studienstuben interessiert. Sie beschäftigt auch nicht mehr bloß die geschriebenen Körperschaften und die Regierungen und neben ihnen einzelne menschenfreundliche Sozialpolitiker. Ganz im Gegenteil hat sie heute schon viele Millionen Staatsbürger in allen Berufsständen aufgerüttelt und vielfach in tieferhafter Erregung versetzt. Die soziale Frage ist ein Giftstoff geworden, der in weiten Kreisen der Bevölkerung revolutionäre Bestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und religiösem Gebiete auslöst und ein tödlicher Krankheitsstoff für die heutige Gesellschaft zu werden droht. Auch in früheren Zeiten hat es gewaltige Ausbrüche der Volkseidenschaft, Revolutionen, gegeben. Es gelang meistens, sie bald niederzuschlagen. Die heutige Bewegung hat tiefere Wurzel. Denn unser ganzes heutiges Wirtschaftsleben steht mitten in einer tiefgreifenden Umwälzung. Jahrhundert alte Zustände und Verhältnisse lösen sich nach einem inneren Gesetze auf und streben nach einer Neuordnung unter neuen Gesetzen und mit bis dahin unbekanntem wirtschaftlichen Triebkräften. Auf dem Boden des Handwerks und des Kleinhandels und neben demselben wächst der Großbetrieb auf. Im Zeitalter eines fiaberhaften Verkehrs, der keine Schranken kennt, sind die Menschen durcheinandergeschüttelt; so ist die Konkurrenz, der schrankenlose Wettbewerb, in der Landwirtschaft, im Handel und Gewerbe über den Erdball hin entfesselt. Infolgedessen ist auch die Vorherrschaft der Landbevölkerung, die noch vor einem halben Jahrhundert in Deutschland unbestritten war, gebrochen zugunsten der Städte, die halb Zweidrittel unseres Volkes in ihren Mauern bergen.

Diese gewaltige Entfaltung von Industrie und Handel, die unserm Zeitalter das Gepräge gibt, hat den Reichtum in unserm Vaterlande ungeahnt vermehrt. Eine Hebung und Besserung der Lage der weiten Kreise des Volkes ist dadurch ermöglicht und deshalb zum erstrebenswerten Ziele geworden. Daher das naturgewaltige Aufwärtsdrängen aller Berufsstände nach einer Erhöhung der Lebenshaltung in Wohnung, Kleidung, Nahrung, Teilnahme an den geistigen Gütern. Dies Aufwärtsdrängen zeigt sich am schärfsten bei den bestbezahlten arbeitenden Klassen, die der Industrie am nächsten stehen und glauben, am ehesten eine Hebung ihrer Lebenslage verlangen zu dürfen und durchsetzen zu können. Aufwärts streben aber auch die Angehörigen des sogenannten Mittelstandes in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Kleinhandel, unter den Angestellten und Beamten. Und zwar der Mittelstand um so lebhafter, als er nicht ohne Grund beunruhigt ist durch die Befürchtung, daß Handwerk und Kleinhandel durch den Großbetrieb in Industrie und Handel zusehends zurückgedrängt werden, während doch auch er ein Anrecht auf Vorwärtkommen hat.

Verschärft wird diese soziale Bewegung unserer Tage überdies noch dadurch, daß die aufwärtsstrebenden Klassen die höhere Anteilnahme an den Kulturgütern nicht in der Weise erheischen, daß ihnen die führenden, besitzenden Klassen bloß aus Wohlwollen gleichsam von oben herab einige der gewünschten Gaben reichen. Das, wonach Mittelstand und Arbeiterklasse streben, wünschen sie als ihr gutes Recht zugestanden und gesichert, und zwar auf dem Boden der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Gleichberechtigung. „Was für das Volk geschieht, soll auch durch das Volk, unter seiner Mitwirkung geschehen,“ lautet der neue Grundsatz. Mit vollstem Rechte berufen sie sich darauf, es sei das nicht mehr wie angemessen in einer Zeit, da allen Kreisen des Volkes durch die Volksschule, die Presse eine allgemeine Bildung vermittelt werde; da das ganze Volk an den politischen Rechten teilnehme und durch die Wahlen auf die Gesetzgebung einwirke. Auch auf die Geschichte beruft man sich. Einst im 13. und 14. Jahrhundert sei das Aufblühen des Gewerbetreibens in den Städten ermöglicht gewesen infolge Ergründung der bürgerlichen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung durch die Handwerker und Kaufleute. Die im Gefolge der Revolution am Ausgange des 18. Jahrhunderts erkämpften modernen bürgerlichen Freiheiten hätten erst dem dritten Stande, dem Bürgertum, Luft und Licht gegeben, in deren Freiheit Industrie und Handel, Wissenschaften und Künste sich entfalten konnten. So sei auch heute ein weiterer Fortschritt

lichen Rechten, vor allem an die arbeitenden Stände, unumgänglich geboten, sollen alle Kräfte des Volkes zu jener Selbstbetätigung und jener Verantwortlichkeit gespannt werden, die auf wirtschaftlichem, staatsbürgerlichem und geistlichem Gebiete die höchsten Erfolge sichern. Nach solcher Mündigkeitserklärung streben heute insbesondere auch die Arbeiter, nachdem in früheren Zeiten Handwerker, Kaufleute und Landwirte dieselbe sich, zum Wohle der Gesamtheit, errungen haben.

So liegen heute die Dinge. Das sind die bemerkenswertesten Grundzüge im neuen Gesichte der modernen sozialen Bewegung. Sie muß man zu verstehen suchen, will man unter Anwendung der richtigen sozialen Heilmittel den sozialen Frieden herbeiführen und verhindern, daß wir einem gewaltsamen Umsturz entgegengetrieben. Dieses so unentbehrliche Verständnis unserer sozialen Aufgaben vermittelt soziale Schulung und Bildung.

### Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

#### Maurer.

**Celle.** Am Samstag, den 11. d. M., hielten wir hier unsere erste öffentliche Gewerkschaftsversammlung ab, welche von unseren Mitgliedern wie auch von den Genossen stark besucht war. Als Referent war Reichstagsabgeordneter Kollege Schiffer-Düsselhoff gewonnen, welcher das Thema: „Ideale Aufgaben der christlichen Gewerkschaften“ in verständlicher Weise behandelte. Daß hierbei die Genossen manche Wahrheit, die ihnen nicht angenehm war, zu hören bekamen, versteht sich von selbst. Dieselben suchten nun auch stets durch Zwischenrufe und Lärm die Versammlung zu stören. In der Diskussion brachten mehrere Genossen ihr altes Latein vor. Interessant waren jedoch die Ausführungen des Vorsitzenden der Maurer, Genossen Niemeier, welcher sich der Versammlung als guter Christ präsentierte. Auch kam er wieder mit dem Streikbruch, den unsere Kollegen begangen haben sollen. Genosse Niemeier wurde nun aufgefordert, uns zu erklären, warum er mit 25 seiner Genossen die Arbeit aufgenommen habe, und bei den anderen Meistern hätte man die Arbeit ruhen lassen. Dieser Antwort ging er geflissentlich aus dem Wege. Er sprach von „taktischen“ Gründen, die man nicht so „öffentlich“ aussprechen könne; zugleich erzählte er aber auch von seinem guten Meister, bei welchem er schon lange Jahre arbeite, eine Vertrauensstelle inne habe, und mit dem auch gut fertig zu werden sei. Eine schöne Taktik! Nach einem Streit von neun Monaten geht man aus Taktik dazu über und nimmt bei dem Meister, welcher die meiste und bedenklichste Arbeit hat, die Arbeit wieder auf. Damit hatte man doch dem Erfolg die Spitze gebrochen. Diese Taktik wurde auch von den Kollegen Böhmel und Zumbrodt genügend geübt. Daß der „Wollwille“ in Hannover einen Bericht bringt, der die Tatsachen auf den Kopf stellt, ist erklärlich. Daß man aber auf den Kollegen Windolf am meisten schnipst, welcher gar nicht in der Versammlung war, zeigt, mit welchem Erischismus man es zu tun hat. Die Versammlung war für uns in Celle von gutem Erfolg, hoffentlich wissen alle Kollegen danach zu arbeiten.

**Düsseldorf, 21. Juli.** Auf der Tagesordnung der Generalversammlung der Bauhilfsarbeiter standen folgende Punkte: 1. Geschäftliches, 2. Abrechnung vom zweiten Quartal, 3. Bericht von der Bezirkskonferenz Köln, 4. Vorstandswahl. Im Geschäftlichen machte der Vorsitzende auf den Fiskuselagerstreik aufmerksam. Da sich hier und da Streikbrecher einstellen, müsse eine scharfe Kontrolle geführt werden; jeder arbeitende Fiskuselager hat von der Streikleitung sich eine Arbeitskarte ausstellen zu lassen, die bei Anfrage vorzuzeigen ist. Ferner möchten die Hauskassierer mit den Festakten zum Gewerkschaftsfest beim Abgehen sich beeilen, da acht Tage vor dem Fest abgerechnet werden muß. Auch die Mitglieder sollen sich frühzeitig in den Besitz einer Karte setzen, weil an der Kasse 50, statt 30 Pf. im Vorverkauf, erhoben werden. Die Hausagitation soll in den nächsten Tagen vorgenommen werden, vorher wird noch eine Sitzung stattfinden. Zu Punkt 2, Abrechnung, wurde bekannt gegeben, daß der Kassierer erkrankt sei, daher die Revision hätte unterbleiben müssen; bei der nächsten Versammlung glaubt man die Abrechnung verlesen zu können. Die Versammlung war damit einverstanden. Den Bezirksbericht gab Koll. Meister. Er führte aus, man habe auch im Kölner Bezirk die Wahrnehmung gemacht, daß die ungenügende Konjunktur, hervorgerufen durch die Geldknappheit, lähmend auf die Agitation und das ganze Verbandsleben gewirkt habe. Eine Erhöhung der Mitgliederzahl hätte daher auch begreiflicherweise nicht eintreten können. Wenn nun trotz der Schwierigkeiten noch 22 Jahrestellen neugegründet wurden, so dürfte das als ein großer Erfolg für die rührige Tätigkeit der Bezirksleitung bezeichnet werden. Klage mußte geführt werden über die schlechte Beteiligung bei sozialen Wahlen. Man möge doch bedenken, daß eine eigene verlorene Position dem Gegner wieder mehr Achtung in der Öffentlichkeit einbringt, die er in seiner Agitation stets zu verneinen weiß. Ein gutes Verhältnis müsse man zwischen Arbeiterverein und Gewerkschaften anstreben, da beide Teile zur Entwicklung der christl. Arbeiterbewegung unbedingt notwendig sind. Dem Arbeiterzuschuß muß ebenfalls mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden. Das bei Unfällen gesammelte Material kann später große Dienste leisten. Das Baudelegiertenwesen soll besser ausgebaut werden, weil dies die Wurzel der Organisation darstellt. Die Lohnbewegung mit Abschluß eines großen Tarifvertrages war zwar für manche Kollegen Anlaß zum Murren wegen nicht genügender Lohnaufbesserung. Diese Leute bedenken aber nicht, daß die Tarifbewegung für das Baugewerbe auch große moralische Erfolge aufweisen kann. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die Konferenz viele gute Anregungen den Kollegen mit auf den Weg gegeben habe. Möchten nun auch alle Kollegen mit neuem Mut und Eifer für die Sache eintreten. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Willh. Zimmermann, Martinstraße 47, 2. Vorsitzender Georg Schmidt, Weberstraße 28, 1. Schriftführer Jof. Gillenbrand, Fürstentwall 139s, 2. Schriftführer Chr. Friedrichs, 1. Kassierer Daniel Woll, Wallstraße 12, 2. Kassierer S. Jansen; zu Revisoren wurden die Kollegen Schwimming und Buscher gewählt. Die Delegierten zum sozialen Ausschuß, Kartell und der Verwaltungsstelle sollen in der nächsten Versammlung ernannt werden. Der gewählte Vorstand gab das Versprechen ab, auch in Zukunft für das Wohl der Jahrestelle einzutreten.

**Hamburg.** Nach langer Zeit beanspruchten die Hamburger auch wieder einmal ein Plätzchen in unserer „Baugewerkschaft“. Wenn sie bisher in dieser Beziehung ziemlich bescheiden gewesen sind, so geschah dies in der Erkenntnis, daß der Raum unseres Verbandesorgans zu bildenden und beschreibenden Artikeln weit mehr zureichend angewendet werden kann, als wie zu den vielen Versammlungsberichten. Diesmal haben wir über unsere am Donnerstag, den 16. d. Mts., stattgehabte Generalversammlung zu berichten. Aus der Tagesordnung sind folgende wichtigen Punkte hervorzuheben: Bericht über die Mitglieder- und Kassenerhältnisse im Jahre 1907, Vorstandswahl und Erhöhung des Beitrags. Der Vorsitzende Franz hat die Versammlung

leiste, sprach zunächst sein Bedauern darüber aus, daß die Generalversammlung wegen seiner viermonatigen schweren Krankheit so weit hinausgeschoben worden sei. Dann erstattete er den Bericht über die Mitgliederverhältnisse, dem folgendes zu entnehmen ist: Der Mitgliederbestand am 1. Januar 1907 betrug 24; im Laufe des Jahres sind neu aufgenommen 37 und zugereist 47 Mitglieder. Im 3. Quartal erreichte die Verwaltungsstelle mit 90 ihre höchste Mitgliederzahl. Da die Mitglieder beim Eintritt des Winters zum größten Teile in ihre Heimat reisen, so war am Schlusse des 4. Quartals 1907 ein Mitgliederbestand von 31 vorhanden. Vorsitzender Franz, der zugleich einen kurzen Rückblick warf auf die Gründungszeit der Verwaltungsstelle, bemerkte, daß diese Zahlen zwar keine hohen seien, daß sie aber dennoch befriedigend seien. Im Jahre 1904 habe er die Vorarbeiten zur Gründung der Verwaltungsstelle und im Jahre 1905 die Gründung unternommen. Er habe damals mit acht Mitgliedern begonnen, die er zum großen Teile in der Wohnung aufsuchen oder bei passender Gelegenheit zum Beitritt gewinnen mußte. Wenn man dann bei den im Norden, besonders für die Ausbreitung des christlichen Bauhandwerkerverbandes so schwierigen Verhältnissen im Berichtsjahre 37 Mitglieder neu aufgenommen habe, so sei das ein Beweis, daß gearbeitet worden sei. Es sei sicher, daß zur Gewinnung dieser 37 Kollegen, sowie zur Erhaltung der Verwaltungsstelle überhaupt, mehr Arbeit habe angewendet werden müssen, als das vielleicht bei Verwaltungsstellen in Rheinland und Westfalen der Fall sei, die Hunderte von Mitgliedern zählen. Die der christlichen Gewerkschaftsarbeit im Norden sich entgegenstellenden Schwierigkeiten könne nur derjenige ermeinen, der längere Zeit dort tätig gewesen sei. Sodann berichtete er, daß im Jahre 1907 25 Versammlungen und 5 Vorstandssitzungen abgehalten wurden. In den Versammlungen seien 16 Vorträge gehalten worden und zwar 10 von ihm, je einer von den Mitgliedern Fajhauer und Wödeke und von den Mitgliedern des christlichen Holzarbeiterverbandes Wullen und Schred und zwei vom Gewerkschaftssekretär Garmann. Redner dankte allen Kollegen für ihre treue Mitarbeit und ermunterte sie zu weiterer unermüdlicher Arbeit im Dienste des Verbandes, damit derselbe langsam, aber stetig vorwärts schreiten könne. Hierauf erstattete der erste Kassierer Bucherpennig den Bericht über die Kassenverhältnisse, aus dem folgendes hervorzuhellen ist: Es wurden verkauft: 37 Eintrittsmarken, 96 Arbeitsloosmarken, 289 Beitragsmarken zu 40 Pf., 35 Beitragsmarken zu 50 Pf., 2100 Beitragsmarken zu 65 Pf., 74 Lokalzuschlagsmarken zu 50 Pf., 53 Extrabeitragsmarken zu 40 Pf., 410 Extrabeitragsmarken zu 65 Pf. und 411 Agitationsmarken zu 10 Pf. Die Einnahme betrug 1910,25 M gegenüber 1028,37 M im Jahre 1906. Der Vorsitzende dankte dem Kassierer für seine aufopfernde Tätigkeit und hob hervor, daß auch die Kassenverhältnisse im Jahre 1907 gegenüber dem Vorjahre einen guten Aufschwung genommen hätten, welches neben anderem dem guten Funktionieren des Vertrauensmännerapparats zuzuschreiben sei. Allerdings habe auch er nicht selten das Amt eines Vertrauensmannes übernehmen müssen, aber er habe das, obwohl er sehr mit Arbeit überlastet sei, mit Freuden getan. Sehr erfreulich sei, daß die Extrabeiträge, von einigen Kollegen abgesehen, voll bezahlt wurden. Ehe er zur Vorstandswahl schritt, bat er die Mitglieder dringend, von seiner Person als Vorsitzenden absehen zu wollen, da die Verwaltungsstelle sich jetzt auf eigene Füße stellen müsse. Er sei zwar nicht amtsmüde und wolle auch in Zukunft die Ausbreitung des Verbandes im Norden nach besten Kräften fördern. Die Mitglieder willfährten seiner Bitte und wählten ihn einstimmig zum vertraulichen Berater des Vorstandes. Aus der Wahl gingen folgende Personen hervor: Theodor Bucherpennig erster Vorsitzender und erster Kassierer, Alois Fajhauer zweiter Vorsitzender, Johannes Fajhauer zweiter Kassierer, Karl Wendel erster Schriftführer, Franz Schwanzar zweiter Schriftführer, Hermann Hüschbett und Ferdinand Schmalfleg Vorsitzende, Karl Bucherpennig und Anton Gagemeyer Kassenrevisoren, Franz Ernst und Friedrich Gagemeyer Türkontrollierer, Franz Schwanzar, Alois Fajhauer, Karl Schab, Philipp Mauritz, Karl Dietrich Vertrauensmänner. Der bisherige Vorsitzende Franz erinnerte den neugewählten Vorstand an seine Pflichten, dieselben einzeln ausführend und forberte ihn auf, mit allen Kräften und Fähigkeiten den Verband zu fördern, damit derselbe sich im Norden zu einem Achtung gebietenden Faktor emporschwingen könne. Im Berichtsjahre sei es möglich gewesen, von Hamburg aus in Lübeck und Kiel neue Verwaltungsstellen zu gründen und bereits früher gegründete zu unterstützen. Bei unverbesserter Werbearbeit sei es auch möglich, in Zukunft nicht nur die bestehenden Verwaltungsstellen zu unterstützen, sondern auch neue Verwaltungsstellen zu gründen. Der folgende Punkt der Tagesordnung, Erhöhung der Beiträge, zeitigte eine gute Frucht der bisherigen Erziehungsarbeit. Die Erhöhung des Wochenbeitrages von 65 Pf. auf 70 Pf. wurde, ohne daß auch nur ein einziger Kollege dagegen gesprochen hätte, einstimmig beschlossen. Damit bezahlten wir denselben Wochenbeitrag, den auch der sozialdemokratische Maurerverband in Hamburg erhebt. Wenn unsere Kollegen vom übrigen Deutschland sich mehr als wie bisher der Fall gezeigt ist, im Frühjahr nach Hamburg wenden, um da Arbeit aufzunehmen, dann werden wir auch hier bessere Fortschritte machen können. Die zum Teil unbegründete Scheu vor dem roten Norden muß endlich einmal überwunden werden. Wenn dann weiter die in Hamburg beschäftigten christlich gesinnten Bauhandwerker sich fest besser bewußt bleiben, daß heute nur in einer christlichen Gewerkschaft ihr Platz sein kann und wenn sie auch aus diesem Bewußtsein ihre Konsequenzen ziehen, dann muß sich auch das jetzt noch etwas zarte Pflänzchen an den nordischen Wasserläufe zu einem kräftigen Baum entfalten, der allen Stürmen zu trotzen vermag.

**Köln.** Am 5. Juli fand dahier in der „Krone“, Gr. Griechenmarkt 16, die diesjährige Bezirkskonferenz des Bezirks Köln statt. Zu derselben waren 38 Delegierte erschienen. Nicht vertreten waren die Verwaltungsstellen Ahrweiler, Buchholz, Malmedy, Wittlich. Als Vertreter des Zentralvorstandes war Kollege Jacobi erschienen.

Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht über den Stand der Bewegung, 2. Geschäfts- und Kassenführung der Verwaltungsstellen, 3. die diesjährige Lohnbewegung, 4. Agitation, 5. Anträge und Verschiedenes.

Bezirksleiter Kollege Lange eröffnete die Konferenz um 10¼ Uhr und begrüßte die erschienenen Delegierten. Sodann erstattete er den Jahresbericht. Einleitend wies er darauf hin, daß die Delegierten durch den in der „Baugewerkschaft“ veröffentlichten Jahresbericht über die Tätigkeit und den Stand der Organisation in der Hauptsache unterrichtet seien. Ergänzend berichtete er über die im ganzen Bezirk eingetretene Geschäftsflaute, welche sich schon seit vorigen Sommer bemerkbar gemacht habe. Wie groß die geminderte Bautätigkeit sei, sei daraus zu ersehen, daß das Schwemmsteinsyndikat die Produktion um 4 Prozent eingeschränkt habe, ähnlich sei es bei den Ziegeleien. Die Ursache dieser ungünstigen Erscheinung wäre verschiedener Art, z. B. teures Geld, übertriebene Spekulation, Gerüchte über die Möglichkeit kriegerischer Maßnahmen usw.

Dieser schlechte Konjunktur habe auch auf die Mitgliederbewegung einen starken Einfluß ausgeübt. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrage 5682. Seit dem vorigen Jahre habe sich die Mitgliederzahl erhalten, jedoch ein Fortschritt sei in dieser Hinsicht nicht erreicht.



Bei dem ständigen Sinken der Konjunktur müsse alles aufgegeben werden um keinen Rückschritt zu erleben. Die Mitgliederzahl sei diejenige, die im Jahre 1907 in Frage kam. — Neugegründet sind 22 Zahlstellen, drei lösten sich auf. Die Fluktuation sei immer noch groß. Im ganzen bestehen 137 Zahlstellen, die in acht Verwaltungsstellen zusammengeschlossen sind. — Die Extrabeiträge seien unbefriedigend geleistet worden und haben die Agitation sehr beeinflusst.

Lohnbewegungen wurden 24 geführt, 13 derselben mit 1104 Kollegen wurden durch friedliche Verhandlungen erledigt. In 11 Fällen kam es zum Streik, woran sich 1389 Kollegen beteiligten. Der Aachener Kampf, der 17 Wochen dauerte und bei dem die Kollegen so tapfer kämpften, sei eine Glanzleistung unseres Verbandes. Er habe gezeigt, daß unser Verband leistungs-fähig sei. — Fast sämtliche Mitglieder, außer den in der Steinindustrie, arbeiten zu tariflichen Bedingungen, und wäre der Kölner Bezirk in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen, den übrigen westlichen Bezirken voraus. Bisher seien die Tarife seitens der Unternehmer ziemlich innegehalten, jedoch in der letzten Zeit kämen viele Verstöße vor. Die Steinarbeiter seien leider noch zu wenig organisiert, als daß man Tarife abschließen könne. Bei den sozialen Wahlen habe man es vielfach an energischer Arbeit fehlen lassen, und den Genossen den Sieg ohne Anstrengung überlassen. In diesem Punkte müsse mehr geschehen. Das Verhältnis zu den konfessionellen Arbeitervereinen könne als ein gutes bezeichnet werden. Leider bildeten sich noch viele Arbeiter ein, wenn sie Mitglied eines konfessionellen Arbeitervereins seien, so hätten sie ihren Verpflichtungen Genüge geleistet. Diesem Mißstande müsse dadurch begegnet werden, daß die organisierten Kollegen sich mehr in den Arbeitervereinen beteiligten. — Als Arbeitgeberverbände kämen drei Bezirksverbände in Frage: der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in der Rheinprovinz, der Schutzverband der bergischen baugewerblichen Betriebe und der Koblenzer Bezirksverband. Alle drei hätten sich dem Verein der Arbeitgeberverbände von Rheinland und Westfalen angeschlossen.

Ueber die Haltung der Polizei sei nur in Siegburg und Neuwied zu klagen. Am fanatischsten verhielt sich der Bürgermeister von Siegburg gegenüber den Arbeiterorganisationen.

Das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Organisationen habe sich insoweit geändert, daß viele Mitglieder dieser Organisationen selbst gegen den gehässigen Kampf seien, wie er von ihren Führern immer wieder geschürt würde. Leider gebe es auch noch eine Anzahl ganz fanatischer Genossen, mit denen kein Frieden zu halten sei. Redner gab anschließend an den Bericht einige praktische Winke für die Agitation. Das größte Gewicht müsse jetzt auf die Kleinagitation gelegt werden. Das neu erschienene Flugblatt soll zu einer vorher gut eingeleiteten Hausagitation verwandt werden, dann habe jede Zahlstelle vor allem darauf zu achten, daß das Vertrauensmännersystem stets funktioniert, damit jeder Kollege wöchentlich sein Organ erhält und kassiert wird. Die Sektionen und Zahlstellen einer Verwaltungsstelle sollten von Zeit zu Zeit gemeinsame größere Versammlungen abhalten. In den Versammlungen dürfe nicht immer über den schlechten Versammlungsbesuch ein Klageklage angestimmt werden, weil das nichts nütze, vielmehr den anwesenden Kollegen den Versammlungsbesuch verleite. Der Vorstand müsse vor jeder Versammlung eine Vorstandssitzung abhalten, in welcher gute aktuelle Themen auf der Tagesordnung festgesetzt würden.

Um den Kollegen Arbeit zu verschaffen, müsse der Arbeitsnachweis gepflegt werden, desgleichen dem Bauarbeiterschutz mehr Beachtung geschenkt werden. — In der Agitation dürfe niemand erlahmen; denn im Jahre 1910 würden wir vor der Tarifverneuerung in ganz Deutschland stehen. Wehe, wenn wir es nicht verstanden haben, alle Kollegen im Baugewerbe zu sammeln!

Anschließend an den Bericht des Bezirksleiters gab der Bezirkskassierer Johann Becker (Köln) den Kassenbericht. Derselbe ergab eine Einnahme von 1424,45 M. und eine Ausgabe von 949,80 M. Mithin bis zum 1. Juli 1908 einen Kassenbestand von 474,65 M. Der Revisor Kollege Faust erklärte, daß die Revisoren die Kasse in der besten Ordnung gefunden hätten und beantragte, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was einstimmig geschah. — An den Bericht schloß sich eine rege Diskussion an. Allgemein wurde über eine flauere Geschäftslage geklagt. Von Düsseldorf wurde erklärt, daß ein frischer Zug die Kollegen beseele. Ein Delegierter regte an, in Düsseldorf eine gemeinsame Sitzung der Vorstände abzuhalten, um ein einheitliches Handeln zu erzielen. Die Delegierten aus dem Bergischen Revier erklärten, daß ihre Mitglieder die Extrabeiträge fast alle entrichtet hätten. Die Steinarbeiter schilderten, daß von Seiten der Steinbruchbesitzer man darauf ausgehe, die Löhne zu reduzieren, was auch schon teilweise eingetreten sei. Im Winter sei verfügt worden, nur noch sechs Stunden arbeiten zu lassen. Jetzt gehe man zu Arbeiterentlassungen über. Der Bezirksleiter habe sich bei der Bergisch-Markischen Steinindustrie sofort ins Mittel gelegt, und seien die Maßnahmen im Winter wesentlich gemildert worden. Für die Steinindustrie müsse mehr in der Agitation geleistet werden.

Kollege Jacobi übermittelte Grüße des Zentral-Vorstandes. Zum Geschäftsbericht hob er hervor, es sei nicht zu unterschätzen, daß 22 neue Zahlstellen errichtet worden, weil dadurch der Verband räumlich ausgedehnt worden sei. Die räumliche Ausdehnung sei gerade im Hinblick auf Agitation und die Tarifverträge von größter Wichtigkeit. In den Versammlungen müßten mehr die prinzipiellen Fragen erörtert werden. Auch müßten die Mitglieder mehr von den Ideen der christlichen Gewerkschaften unterrichtet und dafür begeistert werden. Dem Zentralvorstand müßten mehr Berichte mit genauen Angaben der Verhältnisse zugestellt werden. Bezüglich der Situation der Steinarbeiter ermahnte er zu Besonnenheit. In der augenblicklichen Geschäftslage sei eine weise Taktik doppelt am Platze, zumal viele Steinarbeiter in ländlichen Orten wohnen und an ihre Scholle gebunden seien. Der Bezirksleiter versprach, unter den Steinarbeitern demnächst eine systematische Agitation zu betreiben.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde zunächst die Geschäfts- und Kassenführung in den Verwaltungsstellen vorgenommen. In fast zweistündiger Rede legte der Zentralkassierer die Kassenführung vollständig klar. Es ist unmöglich, hier vollständig darüber zu berichten. An das eine sei jedoch hier erinnert, nämlich, daß sich alle Kassierer Genauigkeit und Pünktlichkeit im Annehmen der Einnahmen und Ausgaben aneignen müssen, da all die kleinen Unterlassungen große Folgen haben können.

Zu Punkt „Lehren aus der Lohnbewegung“ sprach Kollege Lange. Recht interessante und lehrreiche Ausführungen waren es, die zeigten, welchen Einfluß die Bauarbeiter-Organisationen schon erreicht haben, aber noch welche schweren Aufgaben uns noch bevorstehen.

In Punkt „Agitation“ war nicht mehr viel zu sagen, weil dieses Gebiet in der Diskussion über den Bezirksbericht zu sehr gestreift wurde. Ein besonderer Vortrag erübrigte sich deshalb. Kollege Preuß gab diesbezüglich einige Winke, wie die Kleinagitation am besten zu betreiben sei. Vor allem hob er hervor die Schulung und Erziehung von Vertrauensleuten, die darin bestehe, daß alle 14 Tage mit den Vorstandsmitgliedern, Hauskassierern, Baudelegierten und sonstigen sich eignenden Kollegen eine Art Unterrichtskursus abgehalten würde. Hier müßten alle Paragraphen des Statuts des Verbandes und der Krankenkassen, sowie das Invaliden- und Unfallgesetz usw. diskutiert werden. (Letzteres sei allen Zahlstellen dringend empfohlen.)

Zu Punkt 5 der Tagesordnung hatten die Verwaltungsstelle Köln, die Sektion der Putzer Köln, sowie die Verwaltungsstelle Düren Anträge gestellt. Der Antrag der Kölner Putzersektion besagte, daß jede Sektion einer Verwaltungsstelle, auch wenn weniger wie 100 Mitglieder in Frage kommen, einen Delegierten zu der Bezirkskonferenz entsenden soll. Nach längerer Diskussion wurde derselbe mit großer Majorität abgelehnt, dagegen wurden den Verwaltungsstellen mit mehreren Berufen empfohlen, bei Entscheidung von Delegierten stets die Berufe zu berücksichtigen. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß bei Bezirkskonferenzen keine Beschlüsse für einzelne Berufe gefaßt würden, und deshalb jeder ein Mandat für alle Berufe ausüben könne. Die Anträge der Verwaltungsstellen Köln und Düren deckten sich. Dieselben wollen den Bezirks-Agitationsbeitrag einheitlich geregelt haben, ebenso den Winterbeitrag. Der Antrag von Köln will, daß die 15 Prozent den Verwaltungsstellen verbleiben. Auch für die im Winter in die Heimat reisenden Kollegen soll der Winterbeitrag auf der Bezirkskonferenz einheitlich geregelt werden, damit sich niemand an den Winterbeiträgen vorbeidrücken könne. Die Konferenz faßte diesbezüglich folgenden einheitlichen Beschluß:

„Jede Verwaltungsstelle hat zwecks Agitation wöchentlich einen um mindestens 5 Pfg. höheren Wochenbeitrag und im Winter mindestens einen Agitationsbeitrag von 10 Pfg. zu entrichten.“

Diejenigen Verwaltungsstellen, die einen oder mehrere Lokalbeamten angestellt haben, haben die Höhe der Zuschläge und Wintermarken so hoch zu entrichten, daß sie ihre Ausgaben decken können.

Diese Verwaltungsstellen behalten zu diesem Zwecke das Geld am Orte. Dagegen haben diejenigen Verwaltungsstellen, die keinen Lokalbeamten unterhalten, diese Agitationsgelder bei der Quartals-Abrechnung an die Zentralkasse Berlin zu entsenden, damit der Zentralkassierer eine Uebersicht erhält.

Von den Zuschlägen und Agitationsmarken erhalten die Verwaltungsstellen 15 Prozent. Die Winteragitationsbeiträge sind in den Verwaltungs- bzw. Zahlstellen zu zahlen, wo die Kollegen vor der Abreise in Arbeit standen und zwar vor der Abreise. Wer diese Beiträge nicht entrichtet, hat dieselben im nächsten Frühjahr nachzahlen. Letzteres auch dann, wenn der Betreffende nach einer anderen Verwaltungsstelle reist.“

Nach einem begeisterten Schlußworte des Bezirksleiters schloß derselbe die lehrreich und interessant verlaufene Konferenz.

Münster i. W. Am Sonntag, den 28. Juni 1908, fand unsere diesjährige Bezirkskonferenz statt. Die Zahlstellen waren fast alle vertreten, mit Ausnahme der des nördlichen Emslandes. Es wird dies seinen Grund wohl darin haben, daß dort vor kurzem noch eine engere Konferenz stattgefunden hat. Den ersten Punkt der Tagesordnung, Bericht des Bezirksleiters erstattete zum letzten Male unser nach Hannover verlegter Kollege Jumbroff. Er behandelte die 2 1/2 jährige Agitationsarbeit im Bezirk Münster. Bei seinem Antritte stand das Münsterland noch am Anfange der Ausbreitung des Organisationsgebäudes. Im nördlichen Teil des Münsterlandes, Ostfriesland und Oldenburg, waren noch keine christlichen Organisationen zu finden. Am 1. April 1906 waren 1900 Mitglieder der Organisation zugeführt, am 1. April 1908 dagegen waren es 3700. Der innere Ausbau konnte bei der tiefen Agitationsarbeit nicht gleichen Schritt halten. Dieses sei jetzt wohl die Hauptarbeit seines Nachfolgers. Auch seien die Tarifarbeiter in sehr vielen Fällen behilflich gewesen bei der Ausbreitung des Verbandes. Der Bezirksleiter derselben, Kollege Kampß, hätte sich sehr eifrig der Sache angenommen. Die Agitation sei aber auch sehr gefördert worden durch die gute Konjunktur, die in den vergangenen zwei Jahren herrschte. Leider fehlte es, besonders bei den jüngeren Zahlstellen, an Einigkeit und Interesse für die gute Sache. Dann geht es in den Vorständen der jüngeren Zahlstellen auch nicht an Streitigkeiten und Un-einigigkeiten, die eine geistliche Weiterentwicklung unmöglich machen. Im Jahre 1906 herrschte noch die 11-13 stündige Arbeitszeit, und die Löhne der Arbeiter waren in so viel Klassen eingeteilt, als es Arbeiter gab. Es wurden in den 2 1/2 Jahren eine große Reihe Lohnbewegungen geführt, die alle erfolgreich verliefen. Der Lohn stieg um 2 bis 11 Pf. die Stunde. Auch wurde die Arbeitszeit um 1/2 bis 2 1/2 Std. gekürzt, so daß jetzt im Bezirk eine größere Einheitlichkeit eingetreten ist. Einige Zahlstellen glauben immer noch bei Lohnbewegungen ohne den Bezirksführer fertig werden zu können. Solches Borgehen sei aber unpraktisch, und es dürfte ohne die Genehmigung des Bezirksleiters nichts unternommen werden. Die Organisation der Arbeitgeber sei auch schon sehr weit ausgedehnt. Es finden sich aber auch unter den Unternehmern noch den Arbeitern feindselig gesinnte; praktisch habe man die Erfahrung gemacht, daß mit den intelligenten Unternehmern besser verhandelt werden kann als mit den groben Bierstößigen. Durch die Organisation sei auch mancher Erfolg auf sozialem Gebiete errungen worden. Zum Schluß wurde noch die große Fluktuation gestreift, die immer noch zum Schaden des Verbandes ihr Unwesen treibe. Hier muß ganz besonders der Gehel während der Jahre des Friedens angefaßt werden, um dieses Uebel zu bekämpfen, damit endlich mal eine bessere Stabilität eintritt. In der Diskussion sprachen alle im Sinne des Referenten, dabei besonders hervorhebend, daß die geistige Bildung und die Schulung der Mitglieder eine unerlässliche Notwendigkeit sei. Den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die diesjährige Lohnbewegung und welche Lehren ziehen wir daraus?“ gab ebenfalls Kollege Jumbroff. Es ist dieses Thema schon so oft in der Baugewerkschaft behandelt worden, daß wir uns nur auf die Hauptpunkte beschränken. Es hat sich bei der diesjährigen Lohnbewegung gezeigt, daß es einer starken Organisation möglich ist, auch einen Kampf, den die Unternehmer unter allen Umständen wollten, nicht nur zu verteidigen, sondern auch materielle, und was das wichtigste ist, auch moralische Erfolge abzurufen. Trotzdem eine so schlechte Konjunktur herrschte, und trotz des Berliner Kampfes im vorigen Jahre, der uns mit seiner unangenehm tiefen in diesem Jahre großen Schaden zugefügt hat. Die Anerkennung der Organisation, die Erlämpfung der Streikberechtigung, sind Erfolge, die mitunter höher angerechnet werden müssen, als einige Pfennige Lohnerhöhung. Einen anderen Weg zu gehen, als die Anerkennung des Streikbegriffes, war für uns eine Unmöglichkeit. Waren wir in den Kampf eingetreten, und bestünde die Gefahr für uns verloren zu gehen, so wäre dieses gleichbedeutend gewesen mit der Zerstückelung der bestehenden

Tarifverträge. Um aber größeren Kämpfen erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen zu können, müssen wir unser Kassenwesen weiter ausbauen. Die Mitglieder müssen immer mehr Opferwilligkeit zeigen, dann kann die Organisation, auch in Zeiten schlechter Konjunktur für uns größere Erfolge erzielen, als das in diesem Jahre der Fall war. In der Diskussion sagte Kollege Jacobi, daß die Abschließung von Arbeitsverträgen nicht mehr wie bisher zwischen Arbeiter und Unternehmer eines Ortes stattfinden würde, sondern in der Zukunft nur noch in großem Maßstab von Organisationen zu Organisation. Den Mitgliedern müßte man klar machen, daß mit dem alten Verhältnis gebrochen werden muß. Es ist nach dem jetzigen Tarifabschluß eine neue Ära in der Organisation des deutschen Baugewerbes angebrochen. In diese müßten wir uns hineinleben. Das dritte Thema, Agitation, behandelte unser neuer Bezirksleiter Kollege Müller. Von den Vorstands-wahlen ausgehend, betonte er ganz besonders, daß diejenigen, die dazu gewählt würden, nicht den Namen nach, sondern auch in der Tat imstande seien, die Zahl- oder Verwaltungsstelle nach Innen und Außen auszubauen. Wenn bei den Vorstandsmitgliedern ein guter und einträchtiger Geist herrscht, so ist dieses bei den Mitgliedern auch der Fall. Ein weiterer wichtiger Faktor, um in der Agitation weiter zu kommen, ist, daß wir uns sichere und intelligente Hauskassierer anstellen. Schlechte Hauskassierer können ganze Zahlstellen ruinieren. Das Baudelegiertenwesen müßte besser ausgebaut werden, und sind zu diesen Funktionen nur die besten und tüchtigsten Arbeiter zu wählen. Ferner sei die Durchführung der Zentralisation eine unbedingte Notwendigkeit, ebenso die Einführung der Agitationsbezirke. Dann sollte man nicht so zurückhaltend den Genossen gegenüber sein, weil dieselben uns gegenüber auch nicht so human sind. Durch die Bewegung dieses Jahres ist unsere Organisation an Aufsehen gewaltig gewachsen, weil die christlich-nationale Arbeiterbewegung auf dem Robert des Gesetzes und der bestehenden Gesellschaftsordnung aufgebaut ist. Im Schlußwort nahm nun unser bisheriger Bezirksleiter Jumbroff in bewegten Worten Abschied, uns nochmals dazu ermahnd, jeden Arbeiter der christlich-nationalen Sache zuzuführen. Wenn er dann später aus der Baugewerkschaft, oder von seinem Nachfolger, dem Kollegen Müller, höre, daß der Bezirk immer weiter gute Fortschritte mache, dann sei dies der beste Dank und die größte Freude die ihm die Mitglieder zuteil werden lassen könnten. Dann mögen die Mitglieder dem Kollegen Müller daselbe Vertrauen entgegenbringen, das er in den 2 1/2 Jahren befehlen habe. Hierauf wurde die Konferenz um 6 Uhr geschlossen.

Paderborn. (Bauarbeiter-schutz.) Seit dem Jahre 1902 haben die baugewerblichen Arbeiter versucht, die schlechten Verhältnisse auf den Bauten zu bessern. Zu wiederholten Malen wurde an die Stadtverwaltung herangetreten und um Erlass einer Verordnung, welche Leben und Gesundheit der am Bau beschäftigten Arbeiter sicherstellt, gebeten. Die hiesige Stadtverwaltung schickte daraufhin wohl einen Polizisten herum, der die Arbeiter auffordern mußte, ordnungsmäßige Bauten und Aborte herzustellen, aber es wurde nicht viel besser. Im Jahre 1906 wandten sich die Kollegen an die Regierung im Minden und ersuchten um eine Verordnung für den Bauarbeiter-schutz, welche den Regierungsbezirk Minden umfassen sollte. Nach ungefähr fünf Monaten kam endlich Antwort zurück. In dem Antwortschreiben der Regierung wurde angegeben, daß kein Bedürfnis vorliege, für den ganzen Regierungsbezirk Minden eine Verordnung über den Bauarbeiter-schutz zu erlassen. Es sei Aufgabe der Gemeinden, für genügenden Schutz der Arbeiter auf den Baustellen zu sorgen. Gestützt auf das Schreiben der Regierung wurde vom Sekretariat der christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter im September 1907 erneut eine Eingabe an den Magistrat der Stadt Paderborn gemacht. Eine Antwort kam nicht zurück. Daraufhin hielten wir eine öffentliche Versammlung ab, um die Zustände noch einmal klar zu legen. Zu dieser Versammlung waren auch einige Stadtverordnete erschienen, um sich über die behandelte Frage zu orientieren. An Hand beweiskräftiger Materialien schilderte der Bezirksleiter Kollege Werner die unhaltbaren Zustände auf den Baustellen. Ein direkter Erfolg war zu verzeichnen, denn nunmehr ging die Polizei entschieden schärfer vor. Es sei hierbei bemerkt, daß einige Arbeitgeber bestrebt waren, den Willkür der Arbeiter gerecht zu werden. Die Stadtverwaltung befaßte sich nun ebenfalls mit der Sache, und am 4. Dezember 1907 wurde eine Polizeiverordnung betreffs Arbeiterfürsorge auf Bauten festgelegt. Am 21. Juli 1908 wurde dieselbe veröffentlicht und geben wir den Wortlaut derselben zur Kenntnis der Mitglieder.

**Polizei-Verordnung**  
betreffs  
**Arbeiter-Fürsorge auf Bauten.**

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Polizei-Verwaltungs-Gesetzes vom 11. März 1850 und des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird nach erfolgter Zustimmung des Magistrats für den Bezirk der Stadt Paderborn zum Schutz der Arbeiter auf Bauten folgende Polizei-Verordnung erlassen:

- § 1
- Die Bestimmungen unter § 2 bis 6 finden Anwendung
- a) bei Hochbauten, wern ausschließlich der Kellere und Lehrlinge mehr als 20 Personen zur Zeit der Rohbauausführung gleichzeitig auf dem Bau beschäftigt sind; während der Rohbauausführung vorübergehend beschäftigte Arbeiter, wie Zimmerleute und Studer, werden nicht in diese Zahl eingerechnet,
  - b) bei Tiefbauten, welche von Unternehmern ausgeführt werden, wenn an einer bestimmten Stelle des Baues mehr als acht Personen länger als eine Woche gleichzeitig beschäftigt sind.

§ 2

Zur Benutzung während der Arbeitspausen und bei ungünstiger Witterung, sowie zur Aufbewahrung von Kleibern, Lebensmitteln und Geschirre muß für die an Bauten beschäftigten Arbeiter ein alzeit nicht umschlossener, mit Fenstern genügend versehener, luftbarer Unterluftraum geschaffen werden, der mindestens 20 Zentimeter über dem Erdboden liegt, im Mittel mindestens 2,20 Meter im Lichten hoch sein muß, und dessen Grundfläche derart zu bemessen ist, daß auf jeden am Bau dauernd beschäftigten Arbeiter (Biffer 1) eine Fläche von mindestens 0,75 Quadratmeter entfällt.

Der Unterluftraum muß mit festem Dielenfußboden versehen und in der kälteren Jahreszeit heizbar sein. Für die dauernd auf dem Bau beschäftigten Arbeiter sind in den Unterlufträumen Sitzplätze zur Verfügung zu stellen. Auch muß ihnen auf der Baustelle die Möglichkeit gegeben sein, Speisen und Getränke zu erwärmen.

Baumaterialien irgendwelcher Art dürfen in den Unterlufträumen nicht gelagert werden.

Bei Tiefbauten müssen diese Räume so belegen sein, daß der Beschäftigtenort eines jeden Arbeiters von der Unterluftraumfläche der Regel nach höchstens 750 Meter entfernt ist.

Für schwimmende Unterlufträume findet die Vorschrift über die notwendige Höhe keine Anwendung.

§ 3

Bei Bauausführungen (vergleiche Biffer 1) müssen für die Arbeiter Aborte in solcher Anzahl vorhanden sein, daß ein Stübchen mehreren Eigen sind. Es bedürfen anzubringing







steht sich, wie die „Gleichheit“ berichtet, für 1907 auf 10 718 oder 326 mehr als im Vorjahre. Die Zunahme ist demnach hier nur gering. Daß aber die Frau nicht nur vorübergehend Beschäftigung im Bergbau gefunden hat, daß sie heimisch geworden ist auch in dieser Industrie, beweist ihr fast stabiler Anteil an der Gesamtbeschäftigung. Es sind der Frau bestimmte Arbeiten zugewiesen, die mit dem Grade der Produktion ein entsprechendes Quantum Arbeitskraft beanspruchen. Wir stellen die Zahlen eines Jahres der Krise und die zweier Jahre der Hochkonjunktur in Vergleich. Der Anteil der weiblichen Arbeiter an der Gesamtbeschäftigung im Bergbau betrug in Prozenten:

Table with 5 columns: in Oberschlesien, in Niederschlesien, im Bezirk Halle, im sonstigen rechtsrhein. Bezirk, im sonstigen linksrhein. Bezirk. Rows for years 1903, 1906, 1907.

Die von diesen Arbeiterinnen geleistete Arbeit darf man als ziemlich gleichwertig mit der schäzen, die von oberirdisch beschäftigten erwachsenen männlichen Hilfsarbeitern geleistet wird. Aber die Frauen werden viel schlechter bezahlt als diese; ja ihr Lohn erhebt sich nur wenig über den Lohn der unter 16 Jahre alten jugendlichen Arbeiter oder bleibt sogar noch dahinter zurück. Wir veranschaulichen das Lohnverhältnis durch folgende Tabelle. Es betrug der Durchschnittslohn der über Tage beschäftigten Arbeiter in Mark für

Table with 7 columns: erwachsene männliche, erwachsene weibliche, jugendliche. Rows for various districts like in Oberschlesien, in Niederschlesien, im Bezirk Halle, im Bezirk Siegen, im Bezirk Nassau, im sonst. rechtsrhein. Bezirk, im sonst. linksrhein. Bezirk.

In Oberschlesien, wo die Frauenarbeit in den Bergwerken am stärksten verbreitet ist, betrug im letzten Jahre der Frauenlohn nur 41,3% des Männerlohnes, im Erzbergbau bleibt der Lohn für Frauen hinter dem der jugendlichen sogar noch zurück. Darum: Arbeiterinnen, organisiert euch!

Wohltätigkeitsrichtungen der Unternehmer. Wie wir der „Kölnischen Zeitung“ entnehmen, haben die deutschen Unternehmer von 1898 bis 1905 folgende Aufwendungen für ihre Arbeiter in freiwilligen Fürsorgeeinrichtungen gemacht:

Table with 2 columns: Jahr, Summe. Rows for years 1898, 1899, 1900, 1901, and 1898-1905 total.

Diese Summe verteilt sich auf:

Table with 4 columns: Jahr, durch Private, durch Mt.-Gef., 1. direkte freiwillige Fürsorge für die Angestellten, Arbeiter und deren Angehörige, 2. gemeinnützige Fürsorge für weitere Kreise, zu denen jedoch in erster Linie die Arbeiter mit Angehörigen zu rechnen sind.

Im einzelnen verteilen sich die für das Jahr 1905 vorliegenden Zahlen folgendermaßen: Pensions- und Unterstützungsfonds usw. 17 026 579 M., Prämien, Gratifikationen, Gewinnbeteiligung 10 910 633 M., Arbeiterwohlfahrtszwecke, nicht spezialisiert, 38 244 873 M., gemeinnützige Zwecke im allgemeinen 2 240 512 M., Altenheimen, Stifte 3 621 832 M., Kranken-, Verwundeten-, Genesenden-Fürsorge, Wöchnerinnenpflege 4 864 440 M., Wohnungsfürsorge 9 561 185 M., Erziehungs- und Unterrichtszwecke 2 138 639 M., Bildungs- und Vereinszwecke 2 794 775 M., Armenunterstützung im allgemeinen 1 545 124 M.

Alle Anerkennung vor diesen Leistungen. Eine viel größere Würdigung würde das jedoch zeitens der Arbeiter finden, wenn es auf anderem Wege und zwar dem des Rechts, als freiwillige Vereinbarung zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen getroffen worden wäre.

Kommunale Arbeitsnachweiserstellen. Die in der letzten Nummer des Ministerialblatts der Handel- und Gewerbeverwaltung veröffentlichte „Uebersicht über die in Preußen vorhandenen kommunalen oder mit kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnachweiserstellen nach dem Stande vom 1. Januar 1906“ läßt eine weitere erfreuliche Entwicklung in der Tätigkeit dieser Nachweiserstellen in den letzten Jahren erkennen. Es wurden bei den allgemeinen Nachweiserstellen in den letzten Jahren

Table with 4 columns: im Jahre, angeboten, gesucht, vermittelt. Rows for years 1904, 1905, 1906, 1907.

In der Zahl der Vermittlungen, die in den Jahren 1897: 104 307, 1898: 122 120, 1899: 160 643, 1900: 185 631, 1901: 189 215, 1902: 218 700 und 1903: 271 683 betrug, ist sonach anhaltend eine wesentliche Zunahme zu verzeichnen. Mehr als 10 000 Stellen haben im abgelaufenen Jahre vermittelt die 13 Arbeitsnachweiserstellen in Berlin (100 917), Düsseldorf (40 579), Frankfurt a. M. (37 780), Köln (28 656), Magdeburg (19 416), Dresden (14 725), Posen (13 373), Dortmund (12 298), Charlottenburg (11 974), Schöneberg (11 885), Hannover (11 486), Kiel (11 423) und Rostock (10 259), mehr als 5 000 bis 10 000 Stellen die acht Arbeitsnachweiserstellen in Bamberg (9 239), Erfurt (9 286), Wiesbaden (7 434), Trier (6 753), Potsdam (6 473), Jena (5 957), Königsberg i. Pr. (5 189) und St. Gallen (5 111). Die Zahl der bestehenden Arbeitsnachweiserstellen ist im letzten Jahre von 216 am 1. Januar 1907 auf 222 am 1. Januar 1906 gestiegen. Während einige kleinere Nachweiserstellen geschlossen sind, wurden unter anderen Arbeitsnachweiserstellen Neubegründungen in Bielefeld, Bielefeld, Halle und Weidberg. Für einige weitere Gemeinden ist die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweiserstellen in Aussicht genommen. In Bielefeld und St. Gallen sind die dort bisher mit kommunaler Unterstützung betriebenen Arbeitsnachweiserstellen im abgelaufenen Jahre in

städtische Verwaltung übergegangen. Von den am 1. Januar d. Js nachgewiesenen 222 Arbeitsnachweiserstellen sind 140 kommunale Arbeitsnachweiserstellen; die übrigen 82 Nachweiserstellen werden mit kommunaler Unterstützung betrieben.

### Soziale Wahlen.

Homburg-Hochheide. Bei der am Sonnabend, den 18. Juli, stattgefundenen Gewerbegerichtswahl siegte mit großer Majorität die Liste der christlichen Kandidaten. Es wurden im ganzen 2104 Stimmen abgegeben; davon erhielten die Kandidaten der christlichen Liste 1165, die „Freien“ erhielten 476 und die der „Kirch-Dunder“ 463 Stimmen. Da hier Majoritätswahl in Betracht kommt, so sind alle sechs Beisitzer den christlichen Gewerkschaften, welche gemeinsam mit dem evangelischen Arbeiterverein Essenberg und dem katholischen Arbeiterverein Homburg vorgingen, zugefallen. Der Sieg ist um so größer, da die S.-D. mit zwei evangelischen Arbeitervereinen vorgingen und doch nur 77 Stimmen auf ihre Kandidaten holen konnten. Bei der letzten Wahl war die Wahlbeteiligung eine äußerst geringe, da nur wenige Stimmen abgegeben wurden. Die christliche Liste vereinigte damals 13 Stimmen auf sich, die S.-D. 35 und die „Koten“ 40. Die Wahlbeteiligung war diesmal eine äußerst starke; es waren 429 in die Liste eingetragen und 351 übten ihr Wahlrecht aus. Das Wahlergebnis wäre noch besser ausgefallen, wenn nicht auch die schlechte Konjunktur hier schwere Folgen nach sich zöge. Die kirchliche Kampfen einen verzweifelten Kampf, alles trommelte sie zusammen; die schwersten Verdächtigungen wurden gegen die christlichen Gewerkschaften erhoben, aber alles half nichts, die christlich-nationalen Arbeiter ließen sich nicht beeinflussen, sondern gaben den kirchlichen die wohlverdiente Danksagung und wählten sechs kirchliche Beisitzer für sechs Jahre zum Gewerbegericht. Ob die kirchlichen nun immer noch national sind oder bald wieder freisinnig werden??

### Von den Arbeitsstellen.

Berlin, den 29. Juli. Ein Unglücksfall, der glücklicherweise ohne erheblichere Folgen abließ, ereignete sich heut vormittag kurz nach 11 Uhr in der alten Garnnirtische in der Neuen Friedrichstraße. Ein etwas über 16 Meter hohes Leitergerüst stürzte zusammen und begrub neun Arbeiter unter sich. Von diesen wurden sieben Mann, sechs leicht und einer schwer, verletzt. Die Garnnirtische, die vor wenigen Monaten von einem verheerenden Brande heimgesucht wurde, wird zurzeit neu ausgebaut. Die Arbeiter hat die Baufirma Stod übernommen und innerhalb der noch stehenden Umfassungsmauern Gerüste aufstellen lassen. Im Treppenaufgang zum Portal 4 wurde vor etwa zehn Tagen durch die Gerüstfirma Ullmann ein 16 Meter hohes Leitergerüst errichtet. Dieses Gerüst wurde seit vier Tagen von den bei der Firma Stod beschäftigten Bauarbeitern benutzt, um eine Kreuztreppe in Ablichtkonstruktion niederzulegen und eine ausstragende Umfassung des Gesimsmauerwerks zu erneuern. Auf dem Gerüst waren zur Zeit des Unfalls unter Leitung des Poliers Winterfeld noch acht Mann, und zwar vier Mauerer und vier Arbeiter, beschäftigt. Plötzlich geriet das Gerüst ins Wanken und stürzte, bevor sich die Leute retten konnten, in sich zusammen, die darauf befindlichen neun Menschen in die Tiefe reißend. Der Zusammenbruch erfolgte unter weitläufig hörbarem Krachen. Von allen Seiten liefen die Arbeitsgenossen der Verunglückten herbei und begannen sofort mit den Bergungsarbeiten. Als die schnell benachrichtigte Feuerwehr auf der Unfallstelle erschien, waren bereits fünf Mann unter den Trümmern herabgezogen. Größtenteils haben die Verunglückten fast sämtlich nur leichtere Verletzungen erlitten. Sie wurden durch Wagen des Verbandes für erste Hilfe eilfertig nach der Charité gebracht. Hier konnten sechs Mann, welche nur unbedeutende Verletzungen, meist Hautabschürfungen, erlitten hatten, nach ihren Wohnungen entlassen werden. Ein einziger der sieben Leute, der 28-jährige Arbeiter Wilhelm Ehlig, verblieb in der Charité. Seine Verletzungen sind schwer, aber nicht tödlich. An der Unfallstelle, die sofort polizeilich gesperrt wurde, erschien alsbald Generalmajor Freiherr von Nebem, der stellvertretende Gouverneur von Berlin, um sich eingehend über das Verhängnis berichten zu lassen. Von der Feuerwehr, die in zwei Zügen anrückte, ersahen Ober-Brandinspektor Reinhardt, um die Rettungsarbeiten zu leiten. Um die Ursache des Gerüststurzes zu ermitteln, entsandte die zehnte Bauinspektion der Regierungsbaurmeister Prager, der eine eingehende Untersuchung anstellte. Anscheinend ist das Gerüst durch Baumaterial zu stark belastet worden und zusammengebrochen, doch läßt sich Bestimmtes über die Ursache des Unfalles noch nicht sagen.

Borghorst, 3. Juli. Am Neubau einer Arbeiterwohnung wollte der Bauhilfsarbeiter Bernard Ploher abends gegen 5 1/2 Uhr den Mauern, welche von innen über die Balkenlage am Schornstein arbeiteten, Mörtel hinauftragen. Plötzlich stürzte derselbe so unglücklich herunter, daß der Tod sofort eintrat. Die festgestellte Ursache lag die Hauptursache daran, daß die Balkenlage schlecht abgedeckt war. Nach Untersuchung der Ortspolizei erklärte dieselbe, die Balkenlage sei genügend abgedeckt, denn sie wäre ja 1,50 m breit. Diese Ansicht können wir nicht teilen. Wir sind der Meinung, daß, wenn eine Balkenlage gelegt ist, dieselbe ganz abgedeckt sein muß und zwar mit vorzugsweise geeigneten Brettern und nicht mit 1/2-zölligen Ripelbrettern. Von anderer Seite wird auch hier wieder gesagt, daß unsere Kollegen selber schuld an dem Unfall tragen. Das ist grundfalsch! Als unsere Kollegen beim Unternehmer vorstellig wurden, um Bretter zu erhalten, damit man die Balkenlage abdecken könne, gab dieser ihnen zur Antwort, sorgi ihr mal dafür, daß ich bessere Preise bekomme, dann kann ich auch Bretter liefern.

Görlitz, Am Donnerstag, den 26. Juli, ereignete sich auf einem Scheunenneubau in Hemmersdorf, Kreis Görlitz, ein Unfall mit tödlichem Ausgange. Der Maurer Hermann Wiesner (Witzghies unseres Verbandes) war mit Dachziegelsteinen beschäftigt. Nachmittags kurz vor vier Uhr stürzte derselbe, wahrscheinlich infolge eines Schwindelanfalles von oben herab, und trug schwere innere Verletzungen davon. Der herbeigerufene Arzt konnte ihm keine Hilfe mehr bringen; nach einigen Stunden trat der Tod ein.

Kirchhellen, 22. Juli. Auf dem Neubau des Unternehmers Schwabe ereignete sich ein schwerer Baumfall. Zwei Kollegen waren mit dem Anführen der Treppenhaustände beschäftigt, als plötzlich das Gerüst in einer Höhe von sechs Metern zusammenbrach und die beiden Arbeiter unter sich begrub; ein Hilfsarbeiter konnte sich rechtzeitig retten. Beide wurden so schwer verletzt, daß sie am Abend des Bewusstseins noch nicht wieder erlangt hatten. Der Unfall ist auf schlechtem Gerüstbau usw. zurückzuführen.

Homburg. An einem Neubau in der Adlerstraße löste sich am Donnerstag, den 23. d. Ms., nachmittags infolge der Belastung durch einen Baufestmacher eine größere Erdscholle ab und stürzte samt den Steinen in die Baugrube. Ein Tagelöhner wurde mit in die Grube gestürzt und teilweise verdrängt. Er erlitt einen Schädelbruch und einen Bruch des rechten Armes. Die Sanitätskommission brachte den Verletzten in das städtische Krankenhaus. Die Angelegenheit erklärt jedoch, daß die Verletzungen des Beschäftigten nicht lebensgefährlich seien. Warum wohl?

Rheide, 22. Juli. Am Neubau der neuen Ziegelei in Lette bei Coesfeld stürzte unser Kollege Gerhard Frenke aus einer Höhe von 17 Metern in die Tiefe und verletzte sich so schwer, daß er am 23. Juli, morgens, seinen Geist aufgab. Worauf das Unglück zurückzuführen ist, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben.

### Briefkasten.

Wünsche, H. Geisig, die selber werden vollgelebt. Die militärischen Übungen genügt es, wenn in die betr. Felder „Militär“ geschrieben, und diese mit dem Verbandsstempel versehen werden.

Nach Freiburg. Die Versammlungsanzeige tief verspätet ein, konnte daher keine Aufnahme finden.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Die bisherigen Quittungen über eingesandte Gelder an die Hauptkassa fallen fort. In Zukunft werden die Geldsendungen in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht und zwar wöchentlich.

Geldsendungen für die Hauptkassa sind nur an den Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Rübendörfer Str. 60 zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 20. bis 26. Juli sind folgende Beträge eingegangen:

- Für Beiträge und Eintrittsgelder: Berlin 300,—, Bonn 300,—, Coesfeld 257,07 M., Dülmen 265,20 M., Embsbetten 313,81 M., Görlitz 266,92 M., Hamm 830,—, Hagen 1800,—, Kaufbeuren 68,93 M., Kofler 610,24 M., Ludwigshafen 148,09 M., Koblen 62,73 M., Neuforg 13,26 M., Neifan 71,10 M., Senzburg 49,—, St. Johann 1751,79 M., Wustraw 108,70 M., Werne 198,89 M., Wittenberg 23,90 M., Wistoffenode 5,72 M., Wrehme 34,55 M., Wratel 59,39 M., Welle 398,08 M., Friedriehsdor 57,20 M., Gummersbach 44,75 M., Gieboldehausen 104,73 M., Goldsch 214,92 M., Gaimrode 70,—, Güter 2,100 M., Kle 87,76 M., Königsberg (W.) 400,—, Lindlar 200,—, Mülls (Stutt.) 80,—, M.-Glabbach 272,61 M., Neife 286,15 M., Oberglougau 122,—, Dehnhausen 181,26 M., Rheba 108,40 M., Reddinghausen 1600,—, Saugau 2,78 M., Sarstedt 90,—, Triefels 31,25 M., Leistungen 56,23 M., Wieg 128,10 M., Wolfenbüttel 36,47 M., Berl 70,—, Bronie 96,70 M., Rufe 239,49 M., Braunshweig (W.) 594,60 M., Bremerhaven 148,18 M., Dedum 137,34 M., Cloppenburg 36,20 M., Enger 194,70 M., Eichstätt 8,—, Marsberg 186,01 M., Rabburg 42,15 M., Paderborn 991,77 M., Posen 150,—, Probbach 102,85 M., Wirmasens 124,74 M., Siegen 500,—, Salzwedel 2,99 M., Selgte 180,57 M., Würzburg 671,60 M., Weßhausen 4,95 M., Wunstorf 20,54 M., Winderbad 258,82 M., Wremler 40,83 M., Greben 260,28 M., Ruge 232,82 M., Reichenthal 22,90 M., Spenge 58,12 M., Solingen 464,28 M., Virdöcht 366,31 M., Berlin 364,56 M., Emmerich 327,24 M., Hamburg 183,74 M., Hamborn-Wörs 664,15 M., Hönheim 50,—, Jbdenbüren 73,12 M., Kronach 38,20 M., Rattowitz 800,—, Nürnberg 1092,82 M., Oberhausen 827,93 M., Delbe 179,90 M., Stuttgart 62,95 M., Ingolstadt 350,—, Memmingen 88,26 M.

Für Futtermittel: Rosten 2,40 M., Werne —,45 M., Wenden —,30 M., Welle —,60 M., M.-Glabbach —,45 M., Paderborn 1,20 M., Solingen —,90 M., Hamborn-Wörs —,75 M., Jbdenbüren —,45 M., Memmingen 3,75 M.

Für Protokolle: M.-Glabbach 1,25 M., Hamborn-Wörs 1,50 M.

Für Karten und Plakate: Zwifringen 5,—, Heberschäßige Streitunterstützung: Goldsch 174,73 M.

### Bekanntmachungen.

Mit dem 1. Juli sind zur Anweisung der Krankenunterstützung neue Formulare zur Anwendung gekommen. Damit die ärztlichen Bescheinigungen nicht mehr bezahlt zu werden brauchen, stehen den Verwaltungs- resp. Zahlstellen vorgebrudte Formulare zur Verfügung. Dieselben brauchen nur vom Arzt ausgefüllt zu werden.

Die Verwaltungs- resp. Zahlstellenassistenten werden nun darauf aufmerksam gemacht, die auf der Rückseite der Formulare vorgebrudten Bestimmungen genau zu beachten. Die Vorbedingungen zur Anweisung der Kranken- oder Sterbe-Unterstützungen bleiben wie bisher.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die ausbezahlte Unterstützung erst in dem Vierteljahre mit der Hauptkassa (auf den Abrechnungsformularen) verrechnet werden darf, in welchem die letzte Unterstützung ausgezahlt worden ist. Selbstverständlich müssen dann auch die Quittungen mit eingesandt werden.

Die neuen Formulare können schon von der Zentrale bezogen werden.

Achtung! Mülhausen i. Elsaß und Umgebung. Der Kollege Fr. Geurich wohnt jetzt Wohltätigkeitsstraße 16 I.

Aufforderung! Die Steinmeger Johann Schmidt, geboren am 10. August 1888 zu Amberg in Bayern (Buch-Nr. 38 549) und Paul Hoge, geboren am 24. März 1887 zu Sell, übergetreten am 16. Dezember 1906 zu Amberg (Buch-Nr. verloren gegangen) werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen gegenüber der Zahlstelle Dülmen i. Westf. nachzukommen, andernfalls das Gericht in Anspruch genommen werden muß, da sie sich unter Vorpiegelung falscher Tatsachen Reisegelder in Dülmen verschafft haben. Sämtliche Zahlstellen seien gewarnt, wenn die beiden auch anderwärts das gleiche Mandat begehren sollten.

Achtung! Bezirk Münster. Achtung! Ab 1. August wird das Bureau nach Ludwigstraße 5 (Hotel Renne), Hinterhaus, verlegt und sind daher alle für den Bezirk Münster bestimmten Korrespondenzen an diese Adresse zu richten. Dasselbst befindet sich auch die Lokalverwaltung für die Verwaltungsstelle Münster. Fernsprecher Nr. 249. Der Bezirksvorstand: J. A. W. Müller, Bezirksleiter.

Sterbetafel. Am 18. Juli starb unser treuer Kollege Bernhard Barfart infolge eines Lungeneidens.

Zahlstelle Wörsch. Am 20. Juli starb unser Kollege Andreas Sobitarski von Opppe, Fr. Obernd, im Alter von 33 Jahren infolge eines Unfalles.

Verwaltungsstelle Essen, Ruhr, Sektion Krupp. Am 23. Juli starb unser treuer Kollege Gerhard Frenk im Alter von 39 Jahren infolge eines Unglücksfalles.

Zahlstelle Rheide. Für ihrem Andenken!

Achtung! Steinarbeiter Eiterfeld. Sonntag, den 9. August, findet im Giebelischen Saale eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Anfang 1/11 Uhr vormittags. Alle Kollegen müssen zur Stelle sein. Referent: Bezirksleiter Brendel-Frankfurt. (2,15)